Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

GAZA 2010 – Militärerlasse – Menschenrechtsverteidiger

Gaza Ausstellung

Gaza 2010 heißen die neuesten Bilder des mit zahlreichen internationalen Preisen ausgezeichneten Fotografen Kai Wiedenhöfer. 85 Farbfotografien, darunter 35 Bilder von zerstörten Gebäuden und 50 Portraitaufnahmen von Menschen aus Gaza umfasst die Ausstellung in Paris. Wiedenhöfer hat dort Menschen fotografiert, die im Rahmen der "Operation Gegossenes Blei", wie der Krieg gegen den Gazastreifen im Jahr 2008/2009 von der israelischen Armee bezeichnet wurde, verletzt wurden. Mit seinem zuletzt erhaltenen Preisgeld will er ein Projekt in Gaza umsetzen.

Seit 1989 dokumentiert der engagierte Fotograf das Alltagsleben in den besetzten Gebieten. Mehrere Fotobände seiner Arbeiten sind erschienen, darunter "The Wall" mit überbreiten Querformaten von der Mauer.

Jamila al-Habash, Gaza
Gaza 2010 Ausstellung im:
Musée d'Art moderne de la Ville de Paris
11 avenue du Président Wilson
75116 Paris
5.11.- 5.12.2010

Menschenrechtsverteidiger gegen Mauer und Siedlungen immer stärker bedroht

Gewalt, Verhaftungen, neue Waffen gegen Demonstranten

Die palästinensische Menschenrechtsorganisation Stop the Wall mit Sitz in Ramallah/Westbank äußert sich alarmiert über die zunehmende israelische Verfolgung von palästinensischen und ausländischen Menschenrechtsverteidigern in den besetzten Gebieten. Innerhalb von 18 Tagen sind allein in Jerusalem 60 Palästinenser verhaftet worden. Insgesamt 111 Festnahmen von Aktivisten gegen Mauer und Siedlungen zählte Stop the Wall zwischen dem 5. April und dem 21. Juni 2010. Darunter sind auch zahlreiche Minderjährige.

Minderjährige seien zum Teil Folter, unwürdiger Behandlung, sexuellem Missbrauch und dessen Androhung sowie der Gefangenschaft außerhalb der besetzten Gebiete ausgesetzt. Von Repression bedroht ist auch die Presse. Vier Journalisten sind verhaftet worden und sechs Journalisten wurden verletzt, während sie Menschenrechtsaktivitäten beobachteten. Seit dem Angriff auf die Gaza-Schiffe würden zunehmend internationale Menschenrechtsverteidiger des Landes verwiesen. Stop the Wall berichtet auch von neuen unbekannten Waffen, die gegen Demonstranten eingesetzt würden, und für die israelische Rüstungsindustrie an den Demonstranten getestet würden.

Damit sei es der internationalen Gemeinschaft nicht gelungen, Israel dazu zu bewegen das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Mauer zu respektieren, kritisiert die Menschenrechtsorganisation. Israel bleibe bei seinem Vorgehen weiterhin straffrei. Die EU-Richtlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern und die UN-Konvention zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern würden nur ungenügend befolgt.

Zunahme der Verhaftungen

Während im Jahr 2009 insgesamt 89 Verhaftungen von Aktivisten gegen die Mauer und die Siedlungen stop the wall bekannt wurden, waren es in den ersten beiden Monaten 2010 bereits 43 Verhaftungen und weitere 111 in den folgenden zweieinhalb Monaten. Gefährdet sind besonders die Köpfe des Widerstandes wie der Fall von Hasan Brijiyyeh aus Al Masara zeigt. Er gehört dem dortigen Komitee gegen die Mauer an und ist der Bruder des Stop the Wall Koordinators von Bethlehem, Muhammed Brijiyyeh. Hasan wurde am 11. Juni 2010 verhaftet und beschuldigt, er habe versucht einen Soldaten anzuzünden. Videoaufnahmen zeigten

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

jedoch, dass es keine Beweise für diese Anschuldigungen gibt. Der Druck auf die Aktiven im gewaltfreien Widerstand und ihre Familien nimmt zu. Ziel ist, dass sie ihre Aktivitäten aufgeben.

Bestürzt zeigen sich die Aktiven auch über die Gewaltanwendungen. Defence for Children International hat folgenden Fall eines 15Jährigen dokumentiert und diesen an den UN Berichterstatter für Folter weiter geleitet. Der Junge war im Januar 2010 verhaftet worden. Über den Morgen nach der Verhaftung berichtet er: “Dann hat mir der Mann (der zweite Befrager) die Augen verbunden, mich in einen anderen Raum gebracht und gesagt: “Du gestehst gegen deinen Willen.” Er band meine Hände auf meinem Rücken, nachdem sie bereits vor mir gefesselt worden waren. Er schnürte sie sehr eng zusammen, und ich fühlte große Schmerzen. Er zog auch die Augenbinde fester, so dass es weh tat. Dann befahl er mir, auf den Boden zu hocken. Er befahl mir zu gestehen, aber ich habe mich geweigert, weil ich nichts getan hatte. So begann er mich auf Arme und Rücken zu schlagen. Er schlug auch meinen Hinterkopf gegen den Boden. Er begann meine Fesseln zu lockern. Er stellte seine Füße auf meinen Rücken und saß dann auf meinen Rücken.” Der Junge berichtete auch von der Androhung sexueller Gewalt.

Tod und neue Waffen

Am 21. März 2010 sind in Awarteh zwei Jugendliche erschossen worden. Die palästinensische Menschenrechtsorganisation Al Haq hat diese Fälle untersucht und kommt zu folgendem Ergebnis: Der 15jährige Muhammad Ibrahim Quadous und der 17jährige Abd-al Naser Quadous hatten in den Auseinandersetzungen, die an jenem Tag in Awarteh stattfanden, nicht teilgenommen, auch in keiner gewalttätigen Aktion. Sie trugen keine Waffen und stellten keine Gefahr für die Soldaten dar.

Usayd wurde getötet als er auf dem Boden saß und unter dem Tränengasangriff auf das Dorf litt. Er war nicht in der Lage aufzustehen. Während er saß, wurde er in die rechte Kopfhälfe geschossen.

Muhammad wurde erschossen während er mit dem Rücken zu israelischen Soldaten stand. Er wurde in den Rücken geschossen. Beide Jungen sind von demselben Soldaten getötet worden. Eine Warnung an sie hatte es nicht gegeben.

Am 24. April hat die israelische Armee neue Waffen in Bilin eingesetzt. Eine produzierte dicke Staubwolken, während eine andere Schrapnell-Splitter in alle Richtungen streute.

Am 25. April wurde im Dorf Al Walajah bei Bethlehem eine neue Tränengasart eingesetzt, die direkt ins Gesicht gesprüht wird und Atemprobleme verschafft.

Am 13. Mai berichteten Zeugen aus dem Dorf Nabi Saleh bei Ramallah von einer neuen Sprengstoffart, die durch ein elektrisches Drahtsystem gezündet wurde.

Am 21. Mai wurde ein neues Tränengas in Al Masara eingesetzt. Die Tränengaskanister folgten Bewegungen bis sie ein Ziel trafen.

Am 31. Mai stand die 21 jährige US-Bürgerin Emily Henochowicz während einer friedlichen Demonstration am Kalandia Kontrollpunkt, als die Grenzpolizei eine große Anzahl von Tränengaskanister in Richtung Emilies Kopf und in die Richtung der Köpfe andere internationaler. “Sie haben uns eindeutig gesehen” sagt Sören Johannsen, ein Zeuge, der neben Emely stand. “Sie sahen, dass wir Ausländer waren, und es sah wirklich so aus als wollten sie uns treffen. Sie schossen in rascher Folge einen Haufen Kanister auf uns ab ohne uns zutreffen. Einer traf Emely ins Gesicht.” Emily hat ihr linkes Auge verloren und hatte mehrere Frakturen.

Verbesserungen durch die Anwesenheit von EU-Angestellten

In einigen individuellen Fällen hat das Einwirken der EU und ihrer Mitgliedsstaaten Erfolg gehabt. So sind Im Januar 2010 der Koordinator der Stoppt die Mauer Kampagne, Jamal Juma, und ihr Jugendkoordinator Mohammed Othmann freigelassen worden. Jamal Juma hat mittlerweile auch seinen Pass zurückbekommen. Ein Mobiltelefon und zwei Laptops haben die israelischen Behörden trotz Proteste weiter einbehalten. Mohammed Othmann hat seinen Pass nicht zurück bekommen und darf immer noch nicht das Land verlassen. Die Exkursion einer EU-Mission in das palästinensische Dorf Nilin an der Mauer, nachdem dort innerhalb einer Woche elf Menschen verhaftet worden waren, hat dort die Verhaftungswelle gestoppt. Eine Exkursion nach Bethlehem hat die dortigen nächtlichen Razzien in Al Masara gestoppt, deren Ziel vor

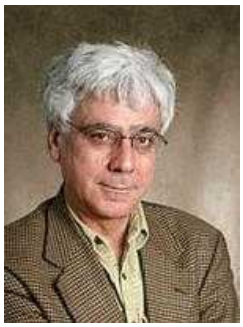
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

allem Mohammed Brijiyeh und seine Familie waren. Und nicht zuletzt hat die ständige Beobachtung der Prozesse gegen Menschenrechtsverteidiger durch die EU dazu beigetragen, dass sichtbar wurde, wie wenig diese Verfahren internationalen Standards gehorchen.

All dies macht deutlich, dass durch das Engagement der EU und ihrer Mitgliedsstaaten die Lage einzelner Gefangener oder Verfolgter verbessert werden kann. Es muss jedoch noch viel mehr getan werden. Es braucht den Druck der europäischen Zivilgesellschaft, damit die EU Beobachtermissionen und andere friedliche Eingreifmöglichkeiten in Zukunft ausbaut.

Wiltrud Rösch-Metzler

Sari Nusseibeh, Jerusalem – Philosoph und Pazifist



Aus einer Rede in Paris, 5. März 2010

„Ich habe mich täglich in Jerusalem verliebt. Ihre Schönheit übertraf die aller Städte. Leider vollzieht sich in ihr gerade eine grundlegende Änderung. Ihre schöne Haut verschwindet, ihre Oliven, Mandeln, Blumen, Hügel und gar ihre alten Steine erhalten eine neue Haut und die zwischenmenschlichen Beziehungen werden einseitig, aggressiv und hasserfüllt. Das Atmen in ihr wird geradezu zum Widerstand!“

كنت أعشق القدس يوماً، وأجدها جميلة تفوق بجمالها كل المدن، ولكنها آخذة بالتحوّل، آخذة بشرتها الجميلة بالاختفاء، زيتونها ولوزها وأزهارها وهضابها وحجارتها العتيقة، وحتى علاقات البشر ببعضهم، وتستبدل جميعاً بغطاء جديد، بغيض الشكل، قسري، أحادي، عدواني، يجعل من مجرّد التنفس فيها مقاومة

Sari Nusseibeh ist seit 1995 Präsident der Al-Quds-Universität in Jerusalem, geistiger Vater der Ersten Intifada in Palästina und Verfechter der Zwei-Staaten-Lösung. Seine Autobiographie „Es war einmal ein Land – Ein Leben in Palästina“ ist 2008 im Kunstmann Verlag erschienen.

Aktuelle Nachrichten aus Palästina

Hamas - Grenzen von 1967 vorstellbar

Nach Berichten der israelischen Zeitung Ha'aretz und von Israel Radio hat die Hamas erklärt, sie habe die USA benachrichtigt, dass sie sich einen Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967 vorstellen könne. In ihrem Halbjahresbericht habe die Hamas die US-Regierung auch gebeten den Dialog aufzunehmen und ihr Veto gegenüber Versöhnungsverhandlungen zwischen Hamas und Fatah aufzuheben. Die Mitteilung sei über amerikanische Wissenschaftler, die den Gaza-Streifen besuchten, an die US-Regierung gelangt.

Boykott von Siedlungen

Freiwillige Helfer gehen in der Westbank von Haus zu Haus, um für den Boykott von Siedlerprodukten zu werben. Das hat die Nachrichtenagentur Maan berichtet. Mindestens 17 Geschäfte in der illegalen Siedlung von Maaleh Adumim hätten seit dem von der Palästinensischen Autonomieverwaltung (PA) vor einigen Monaten initiierten Boykott schließen müssen. Die PA will verhindern, dass in den Siedlungen produzierte Güter auf den palästinensischen Markt kommen, aber auch, dass die palästinensischen Arbeiter beim Siedlungsbau arbeiten.

Der Yesha Council, der die jüdische Siedlerbewegung repräsentiert, forderte die israelische Regierung auf, die palästinensischen Steuern nicht mehr an die PA auszuzahlen, sondern das Geld für Kompensation an die Siedler auszugeben.

Minderheit für gemeinsamen Staat

Unter Palästinensern stieg im vergangenen Jahr die Unterstützung für einen binationalen Staat von etwa 20 Prozent auf bis zu knapp 34 Prozent, wie palästinensische Meinungsforscher ermittelten. Einig ist sich eine

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Mehrheit unter Palästinensern und Israelis, dass es einen palästinensischen Staat an der Seite Israels geben sollte. Aber zwei Drittel der Befragten auf beiden Seiten sehen kaum oder gar keine Chancen, dass in absehbarer Zeit die Zwei-Staaten-Lösung Wirklichkeit werden könnte. Laut dem "War and Peace Index" der Universität Tel Aviv können sich lediglich 14 Prozent der Israelis für einen gemeinsamen Staat begeistern.

Toleranz-Museum auf muslimischem Friedhof

Die Auseinandersetzungen um den Bau des Museums der Toleranz des Simon Wiesenthal Instituts auf einem muslimischen Friedhof in Jerusalem nehmen zu. Der Mamilla (Ma'man Allah) war ein viel genutzter Friedhof bis 1948, als Westjerusalem ein Teil Israels wurde. Auf diesem Friedhof liegen Gefährten von Prophet Mohammed, Salah Ad-Dins Krieger, Sufi-Heilige und palästinensische Prominente. Laut Al-Aqsa Stiftung sind bereits Gräber umgestoßen worden. Es wird befürchtet, dass hier muslimische Geschichte getilgt werden soll.

Gaza-Klärwerk wird repariert

Baumaterialien für die seit über zehn Jahren geplante Erneuerung des Klärwerks in Gaza-Mitte durften nun endlich den israelischen Grenzübergang Kerem Shalom passieren. Damit kann dieses auch international unterstützte Vorhaben, welches die Lebensbedingungen der Menschen in Gaza entscheidend verbessern wird, begonnen werden. Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel, dem kurz davor von den israelischen Behörden die Einreise in den Gazastreifen verwehrt worden war, zeigte sich zufrieden. Er hoffe, dass die Einfuhr der Baumaterialien auch weiterhin reibungslos erfolgen wird und die Umsetzung des Projekts in den kommenden Monaten zügig erfolgt.

Die Abwassersituation im Gazastreifen, einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt, ist besorgniserregend: ein großer Teil des Abwasseraufkommens wird mangels Reinigungskapazitäten in das Mittelmeer eingeleitet oder versickert ungeklärt im Boden. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Autonomiebehörde durchgeführt.

Todesstrafe für Landverkauf

Nach einem palästinensischen Gerichtsbeschluss ist der Verkauf von Land an Israel ein Kapitalverbrechen und kann mit dem Tod bestraft werden. Der Verkauf oder der versuchte Verkauf von Land an einen anderen Staat soll als ein Kapitalverbrechen gelten. Damit, so der palästinensische Generalstaatsanwalt, werde nur eine frühere Regelung konsolidiert. 2009 wurde ein Mann zum Tode verurteilt, weil er Land an eine israelische Firma verkauft hatte. Nach dem Urteil hatte ihm das Grundstück auch gar nicht gehört, der Verkauf fand durch gefälschte Dokumente statt. Allerdings dürfte das Todesurteil wohl kaum vollstreckt werden. Denn dazu bedarf es der Zustimmung von Präsident Abbas, die dieser bislang nicht gegeben hat.

Gaza importiert Fisch

Wegen der von Israel verhängten Abriegelung des Mittelmeers, muss Gaza immer mehr Fisch aus Israel beziehen. Während im November 2008 noch vier Tonnen Fisch importiert wurden, waren es im Oktober 2009 schon 32 Tonnen und im März 2010 weiterhin 27 Tonnen. Fischer, die nach den Oslao-Verhandlungen Anfang der 90er Jahre 20 Seemeilen hinausfahren durften, dürfen nun nur noch innerhalb einer Dreimeilenzone ihre Netze auswerfen.

Kein Ende der Blockade

Keine Lockerung der Blockade beobachtet das Palestinian Center for Human Rights (PCHR) in Gaza. Weder Quantität noch Qualität der in den Gazastreifen eingeführten Waren habe sich verbessert. 110 LKW-Ladungen (vor allem Lebensmittel) kamen im August 2010 täglich in den Gazastreifen, im Vergleich zu 142 im August 2009. Vor der Verhängung der Gaza-Blockade im Juni 2007 durften dreimal so viele Lastwagen nach Gaza. Ausfuhren aus dem Gazastreifen sind weiterhin verboten.

Verbessert habe sich die Lage am ägyptischen Grenzübergang Rafah, der seit Juni offen ist. Über Rafah dürfen u.a. ausreisen: Patienten, die das okay der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah haben, internationale Delegationen, Journalisten, Palästinenser, die im Ausland arbeiten und Studierende mit Studienplatz im Ausland.

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Sozialhilfe

Das Soziale Sicherheitsnetz Reformprojekt mit Mitteln der Internationalen Entwicklungsbank (IDA) für die Westbank und Gaza hat Bilanz gezogen. Rund 5.000 der ärmsten Haushalte erhielten danach im Jahr 2009 zwischen 85 und 130 US Dollar monatlich. Über 25.000 Haushalte erhielten eine Einmalzahlung von 200 Dollar, um die globale Nahrungsmittelkrise und Energiekrise auszugleichen. Das Soziale Sicherheitsnetz Reformprojekt hat die Palästinensische Autonomiebehörde unterstützt, ein modernes Bargeld-Beihilfe-Programm zu entwickeln und durchzuführen. Zusammen mit einer ähnlichen Initiative mit Geldern der Europäischen Union konnte über 65.000 Familien geholfen werden.

Hamas-Funktionär getötet

Im Flüchtlingslager Nur Sham nahe der Stadt Tulkarem in der Westbank haben am 17. September 2010 israelische Soldaten einen hochrangigen Hamas-Funktionär getötet. Ijad Assad Ahmed Abu Salamia (engl.: Iyad Shilbaya) war Kommandeur des bewaffneten Arms der Hamas, der Kassam-Brigaden. Dem Militär zufolge versuchten Soldaten, Abu Schilbaja festzunehmen. Die Soldaten fühlten sich nach den Worten einer Sprecherin bedroht, sie hätten daraufhin das Feuer eröffnet. Nach Angaben der Familie haben die Soldaten den 38-Jährigen jedoch mit drei Schüssen in die Brust und den Nacken getötet. Das israelische Kommando habe zuerst den Bruder gezwungen, den Weg zum Gesuchten im Flüchtlingslager Nur Schams von Tulkarem zu zeigen. Die Soldaten sprengten dann nach Angaben der Familie die Eingangstür und stürmten die Wohnung. Danach seien laute Schreie und Schüsse zu hören gewesen. Präsident Abbas verurteilte die Tötung. Zur Beisetzung hatten sich rund 3000 Menschen versammelt.

Palästinenser neuer Chef der Lutheraner

Die Delegierten der 11. Lutherischen Weltversammlung in Stuttgart haben Rev. Dr. Munib A. Younan, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL), im Juli zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. In seiner neuen Aufgabe wird Younan Repräsentant des Lutherischen Weltbundes sein, der 145 Mitgliedskirchen in 79 Ländern umfasst mit mehr als 70 Millionen Christinnen und Christen.

Neuer Generaldelegierter Palästinas

Salah Abdel Shafi ist seit August 2010 neuer Generaldelegierter Palästinas in Berlin. Der in Gaza geborene Abdel Shafi ist Absolvent der Hochschule für Ökonomie in Berlin in der Fachrichtung Politökonomie. Im Jahr 1986 kehrte er mit seiner Familie in den Gaza-Streifen zurück und arbeitete dort mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank und USAID (United States Agency for International Development) und mit palästinensischen Nichtregierungsorganisationen zusammen. Als Politökonom lag sein Schwerpunkt auf der Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus in Palästina. Von 2006 bis 2010 war Abdel Shafi Generaldelegierter Palästinas in Stockholm/Schweden.

Deutsche und EU-Nahostpolitik

Bundestag beschließt einstimmig Gaza-Antrag

In ihrem einstimmigen Beschluss “Ereignisse um die Gaza-Flottille aufklären – Lage der Menschen in Gaza verbessern – Nahost-Friedensprozess unterstützen” (Bundestag Drucksache 17/2328 17. Wahlperiode 30. 06. 2010) bekräftigen die im Bundestag vertretenen Parteien die Forderung nach einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission der Militäraktion israelischer Streitkräfte gegen die “Gaza-Solidaritätsflotte” in internationalen Gewässern, circa 130 Kilometer vor der Küste Gazas, am 31. Mai 2010 und nach Aufhebung der Blockade. Der Deutsche Bundestag forderte die Bundesregierung auf,

Demonstration vor der israelischen Botschaft in Berlin, Foto: Barbara Fuchs

„1. die Forderung nach einer internationalen Untersuchung des

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Einsatzes gegen die "Solidaritätsflotte", wie sie der Generalsekretär der Vereinten Nationen erneut gefordert hat, zu unterstützen, die das Vorgehen beider Seiten, einschließlich möglicher Verbindungen von Organisatoren zur radikalislamistischen Hamas und anderen radikalen islamistischen Organisationen, in den Blick nehmen sollte, wobei die Beteiligung von Vertretern des Nahost-Quartetts sinnvoll wäre;

2. deutlich zu machen, dass legitime Sicherheitsinteressen Israels voll gewahrt werden müssen, wozu insbesondere der Raketenbeschuss aus Gaza sofort beendet werden und der Waffenschmuggel nach Gaza unterbunden werden muss, wie es der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit Resolution 1860 (2009) und der Rat für Auswärtige Angelegenheiten der Europäischen Union in seinen Schlussfolgerungen vom 14. Juni 2010 gefordert haben;

3. die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik bei ihren Initiativen zur Verbesserung der humanitären Lage in Gaza mit allem Nachdruck zu unterstützen und sich innerhalb der Europäischen Union insbesondere dafür einzusetzen, dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen damit beauftragt wird, mit Israel über den Zugang nach Gaza auch auf dem Seeweg und die Schaffung entsprechender technischer Voraussetzungen mit dem Ziel zu verhandeln, dass unter Wahrung der Sicherheitsinteressen Israels von den Vereinten Nationen benötigte Güter nach Gaza eingeführt werden können;

4. die Forderung der Europäischen Union nach einer sofortigen Aufhebung der Gaza-Blockade mit Nachdruck zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass Israel die Positivliste von Gütern, deren Einfuhr möglich ist, in eine Negativliste verbotener Güter wie Waffen und waffenfähiges Material umwandelt;

5. gegenüber Ägypten gleichfalls darauf hinzuwirken, dass ein regelmäßiger und im Interesse der Sicherheit der israelischen Bevölkerung kontrollierter Grenzverkehr ermöglicht wird;

6. im Rahmen der Europäischen Union Israel und der Palästinensischen Auto- nomiebehörde das Angebot zu machen, auch durch die Ausbildung von pa- lästinensischen Grenzschutzkräften ein konstruktives internationales Grenz- management aufzubauen, das die Überwachung der Einfuhr von Lieferungen nach Gaza unterstützt, um sicherzustellen, dass kein Waffenschmuggel nach Gaza stattfindet;

7. die von den Vereinigten Staaten initiierten so genannten Proximity Talks wie bisher zu unterstützen und sich darüber hinaus gegenüber Israel und den Palästinensern weiter dafür einzusetzen, dass beide Seiten sie konstruktiv führen, damit eine rasche Aufnahme direkter Friedensgespräche mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung möglich wird."

Die Lebenslage der Zivilbevölkerung in Gaza müsse dringend verbessert werden, stellte der Bundestag fest. Das Existenzrecht Israels müsse allgemein anerkannt werden, insbesondere durch die Hamas. Die Blockade Gazas sei aber kontraproduktiv und diene den politischen und Sicherheitsinteressen Israels letztlich nicht. Das erklärte Ziel der Freilassung des von Kräften der Hamas widerrechtlich festgehaltenen Angehörigen der israelischen Streitkräfte Gilad Shalit ist bislang nicht erreicht. Die islamistische Hamas ist nicht geschwächt, sondern profitiert politisch und wirtschaftlich, vor allem durch die "Tunnelwirtschaft", von der Blockade.

Beziehungen ausgesetzt

Während des Gaza-Krieges hatte die Europäische Kommission ihre Gespräche mit Israel über weitere engere Beziehungen zwischen der EU und Israel ausgesetzt, hat das Auswärtige Amt in Berlin mitgeteilt. Das Ministerium sei jedoch überzeugt, dass die EU am besten Einfluss auf die Entwicklung in der Region nehmen könne, wenn die Beziehungen zu Israel und den palästinensischen Gebieten weiter ausgebaut würden.

Bundestagsabgeordnete für Freilassung von Abu Rahmah

Neben Christoph Strässer, dem menschenrechtspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, setzen sich Niema Movassat, Die Linke und Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Linken für die Freilassung des Lehrers an der katholischen Schule in Ramallah, Abdallah Abu Rahmah, ein.

Abu Rahmah wurde auf der Grundlage von erzwungenen Geständnissen von Minderjährigen verurteilt. "Abdallah Abu Rahmah ist ein Symbol des friedlichen palästinensischen Widerstandes gegen die

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Besetzung", erklärte Annette Groth. "Viele vergleichen den Lehrer und Vater von drei Kindern mit Mahatma Gandhi. Als Vertreter der Organisation "Stop the Wall" hat Abu Rahma im Jahr 2008 die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte entgegen genommen. Für eben dieses menschenrechtliche Engagement wurde er nun verurteilt. Als Lehrer ist er ganz besonders in der Lage, für die Kinder und Jugendlichen ein Vorbild für friedlichen Protest zu sein."

Pöttering fordert: EU muss über die humanitäre Hilfe hinaus kommen

Der Vorsitzende der Nahost-Arbeitsgruppe des EU-Parlaments, Hans-Gert Pöttering, fordert eine starke Rolle der EU im Nahostfriedensprozess. Dass über ein Treffen der EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton mit Israels Ministerpräsident Netanyahu wurde Stillschweigen vereinbart wurde und ein Treffen mit Palästinenserpräsident Abbas erst gar nicht zustande kam, deutet Pöttering nicht als Machtlosigkeit. Mittlerweile akzeptiere auch Israel, dass die Grenzen zum Gazastreifen geöffnet werden müssen, damit sich das Land entwickeln kann. Die Hamas müsse aufhören mit den Raketenangriffen. Aber gleichwohl könne man die Hamas nicht links liegenlassen. "Deswegen führen andere, also nicht die Europäische Union, Gespräche mit der Hamas - mit dem Einverständnis Israels. Auch Ägypten ist dabei ein wichtiger Vermittler," sagte Pöttering in einem Interview mit der Deutschen Welle. Darüber hinaus müssten sich auch die beiden Gruppen der Palästinenser versöhnen: die Fatah, die im Westjordanland die Macht hat, und die Hamas im Gazastreifen. Sie müssen wieder zusammenkommen, denn nur dann kann es auch einen palästinensischen Staat geben.

Die EU müsse über die humanitäre Hilfe hinaus kommen. Das habe auch Catherine Ashton bei ihrem Besuch gesagt. Gaza muss sich wieder entwickeln können. Der Gazastreifen ist zu einem großen Teil zerstört worden durch die Auseinandersetzungen, durch den Krieg. Vieles ist nicht wieder aufgebaut worden, weil man die Materialen gar nicht in den Gazastreifen hineinlässt. Die Palästinenser im Gazastreifen müssen eine wirkliche Chance haben, die über die rein humanitäre Hilfe hinausgeht. Es muss wieder Möglichkeiten für die Entwicklung in Gaza geben. Wenn das alles geschieht, dann sind auch die Bedingungen für einen Frieden besser.

Annexion

Ein vertraulicher EU-Bericht klagt die israelische Regierung an, die Siedlungserweiterung, die Hauszerstörungen, die diskriminierende Wohnungspolitik und die Westbanksperranlage als Möglichkeit aktiver illegaler Annexion Ost-Jerusalems zu verfolgen. Das Dokument besagt, Israel habe seine Pläne für Ost-Jerusalem beschleunigt und untergräbt so die Unterstützung für Friedensgespräche. "Israels Aktionen in und rund um Jerusalem stellen eine der akutesten Herausforderungen für die israelisch-palästinensische Friedensarbeit dar" heißt es in dem EU-Mission Report über Ost-Jerusalem.

Beschlagnahme von Häusern

Die jüngsten israelischen Siedlungsaktivitäten und die Zerstörung palästinensischer Wohnhäuser im Ost-Jerusalemer Stadtteil Silwan im Juli 2010 bezeichnete die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton als illegal. "Die Europäische Union hat die israelischen Annexion Ost-Jerusalems nie anerkannt. Die Siedlungsaktivitäten sowie die Häuserzerstörungen sind ein Hindernis für den Frieden und gefährden die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung", heißt es in der veröffentlichten Pressemitteilung.

Silwan ist ein arabisches Stadtviertel Jerusalems mit 40.000 Einwohnern am Steilhang gegenüber dem Tempelberg. Fromme israelische Siedler beanspruchen diese Gegend für sich und werden dabei von der staatlichen Antiken-Behörde unterstützt. Hier, so behaupten sie, solle König David seine Hauptstadt errichtet haben. 88 Häuser werden in Silwan bei Jerusalem beschlagnahmt und fast 1.000 Menschen durch die Besatzungspläne aus ihren Häusern vertrieben, um den Weg für die Siedlungserweiterung und archäologische Ausgrabungen frei zu machen.

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Kommentare

Wende der deutschen Nahostpolitik von Wiltrud Rösch-Metzler

Der einstimmig im Bundestag verabschiedete Antrag "Ereignisse um die Gaza-Flottille aufklären – Lage der Menschen in Gaza verbessern – Nahost-Friedensprozess unterstützen" vom 1. Juli 2010 läutet eine Wende in der deutschen Nahostpolitik ein. Dabei scheuen sich die Politikerinnen und Politiker auch nicht mehr, Druck, der von israelischer Seite auf sie erfolgt, offen zu benennen, wie die Bundestagsdebatte um diesen Antrag zeigte. Der angenommene Antrag ist ein Signal an die israelische Regierung, dass nun auch die allerbesten Freunde Israels sie offen drängen werden, Völkerrechtsverstöße einzustellen. Er ist ein Signal an die palästinenensischen Parteien einschließlich der Hamas, der Gewalt abzuschwören und zusammenzuarbeiten. Er ist nicht zuletzt ein Signal an die EU, dass die Bundesrepublik sich aus der Bremserrolle im Nahostfriedensprozess lösen will, wo ihre Politik dazu führte, dass doppelte Standards in Bezug auf Menschenrechte und Völkerrecht aufrecht erhalten werden.

Die Zeichen sind mutig: die öffentliche Verurteilung der Blockade des Gazastreifens durch Kanzlerin Angela Merkel, die Kritik am Überfall auf die Mavi Marmara durch Außenminister Westerwelle, die Durchsetzung der Einfuhr von Baumaterialien für das Klärwerk in Gaza durch den Bundesentwicklungsminister Niebel, die Begleitung des Hungerstreikenden Firas Maraghy zu den Behörden in Jerusalem durch den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Ruprecht Polenz, der Einsatz für den Erhalt des palästinensischen Versöhnungsprojekts "Zelt der Völker" durch das Kanzleramt und der Einsatz des Auswärtigen Amtes für die Freilassung der Menschenrechtsverteidiger gegen die Mauer in Palästina. Die Forderung, die Hamas in Gespräche miteinzubeziehen, wird mittlerweile in allen Parteien erhoben.

All das sind richtige Schritte auf eine einheitliche und glaubwürdige Menschenrechtspolitik hin, wie sie die Bundesrepublik auch gegenüber anderen Staaten vertritt. Zwei Dinge bleiben dabei unerlässlich. Im eigenen Land und in der europäischen Union muss immer wieder überprüft werden, ob Menschenrechtsstandards eingehalten werden, etwa in der Flüchtlingspolitik. Gegenüber anderen Staaten, die kein Einlenken zeigen, müssen Maßnahmen ergriffen werden. Im Fall von Israel, wo ein Ende der Blockade und ein Ende der Besatzung nicht erreicht ist, müssen die Parteien nun gemeinsame Maßnahmen überlegen. Kein Rüstungsexport wäre ein erster Schritt.

Die Friedensgespräche – kaum realistisch von Nazih Musharbash

Nach gut zwei Jahren Unterbrechung reden Palästinenser und Israelis wieder "direkt" miteinander: Ministerpräsident Netanjahu, um aus der internationalen Kritik heraus zu kommen, Präsident Abbas, um erneut von der Weltgemeinschaft als Sprecher aller Palästinenser bestätigt zu werden. Ziel der direkten Verhandlungen unter Beobachtung ist es, innerhalb eines Jahres eine Zwei-Staaten-Lösung zu schaffen, um endlich Frieden zu schließen. Wahrlich ein Ziel, das lange angestrebt, jedoch kaum realistisch sein wird. Warum? Weil die Bedingungen und Vorstellungen der jeweils anderen Seite sich ausschließen.

In seinem Statement verkündete der israelische Ministerpräsident unmissverständlich, er sei nach Washington gekommen, "um einen historischen Kompromiss zu finden". Fragt sich, für wen? Abbas bekräftigt den israelischen Baustopp in den palästinensischen Gebieten und das Ende der Besatzung. Und da es im Palästinakonflikt weder an Plänen, noch an Versprechungen mangelt, zählen ab sofort Taten, die sich bald sehen lassen müssen. Einen großen Anteil am Erfolg der Verhandlungen dürfte allemal US-Präsident Barack Obama haben, der sehr hohe Erwartungen bei seiner Rede in Kairo in der arabischen und der islamischen Welt geweckt hatte.

Die große Mehrheit der Bevölkerung auf der palästinensischen und auf der israelischen Seite sehnt sich nach Frieden, auch wenn dieser zunächst an Bedingungen geknüpft ist. Für die Extremisten auf beiden Seiten, seien es die Hamas-Anhänger oder die israelischen Siedler wird es kaum einen Kompromiss geben, da sie kompromisslos jeweils alles für sich beanspruchen. Ein Teufelskreis, den es gilt zu durchkreuzen. Hier liegt eines der Hauptprobleme. Skeptiker und Gegner einer friedlichen Lösung können nur dann geschwächt werden, wenn die Verhandlungen spürbare Ergebnisse liefern.

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Israel sieht Zivilgesellschaft als Gegner von Gisela Siebourg

Die Welt reagierte mit Bestürzung auf die unverhältnismäßige Gewalt und auf die hohe Zahl an Opfern. Zu den acht toten Türken und einem toten US-Amerikaner, kamen über 50 Verwundete. Die EU-Außenbeauftrage Lady Ashton erklärte die Blockade von Gaza für unhaltbar, unmenschlich und politisch kontraproduktiv. Der EU-Außenministerrat vom 14. Juni 2010 wiederholte dies. Tatsächlich lockerte Israel die Blockade sehr begrenzt und ohne damit das Leben der Menschen nachhaltig zu verbessern. Gaza bleibt ein Gefängnis. Kein Durchbruch ist erzielt. Die Free Gaza Bewegung bleibt notwendig.

Die Zivilgesellschaft in Palästina wie auch die internationalen Nichtregierungsorganisationen verspüren längst das immer härtere Vorgehen der israelischen Administration und der Armee. Die internationalen NGOs erhalten keine langfristigen Visa mehr für ihre Mitarbeiter; sie sollen auf die in Israel in Projekte investierten Gelder nun auch Steuern bezahlen. Die palästinensischen gewaltfreien Menschenrechtsverteidiger werden ohne Anklage für unabsehbare Zeit ins Gefängnis gesetzt. Nächtliche Überfälle durch das Militär mit ohrenbetäubenden Panzern und die Verhaftung von Minderjährigen sind an der Tagesordnung. Was ist passiert?

Israel hat die Zivilgesellschaft als Gegner ausgemacht. Und sagt über sie, sie “delegitimieren” Israel. Diese unbewaffneten Menschenrechtsverteidiger werden als Bedrohung empfunden, als Feinde behandelt. “Wir lassen uns nicht zur Zielscheibe von Menschenrechtsgruppen machen”, heißt es. Was sagt das über die Beachtung der Menschenrechte durch Israel aus? Schon 2009 erklärte das Büro der Premierministers gegenüber der Jerusalem Post: “Wir werden weder an Zeit noch an Personal sparen, diese Gruppen zu bekämpfen.” Dürfen sich gewaltfreie Menschenrechtsverteidiger und weltweit anerkannte NGOs davon beirren lassen? Frieden und Gerechtigkeit gehören zusammen. Das eine geht nicht ohne das andere. Für Menschenrechte eintreten, bereitet den Boden für Frieden, auch in Israel.

Veranstaltungen

Palästinensische Frauen-Nationalmannschaft bei Werder Bremen

Hinter den Kulissen der Nahostpolitik und den immer schwierigeren Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung gehen manchmal die kleinen schönen Ereignisse und Begegnungen unter: Vom 12. bis 23. Juli waren die jungen Frauen der palästinensischen Frauenfußball Nationalmannschaft in Bremen und bei Werder Bremen zu Gast. Im Sommer 2009 hatte Willi Lemke, ehemaliger Werder-Manager, Bremer Sportsenator und derzeitiger UN-Sonderberater für Sport im Dienst von Entwicklung und Frieden die palästinensischen Gebiete und das Internationale Begegnungszentrum Bethlehem besucht und bei dieser Gelegenheit auch die Kickerin und Fußballkapitänin Honey Taljieh aus Bethlehem kennen gelernt. Der in den letzten Jahren immer größere Bedeutung und Wertschätzung erfahrende Frauenfußball stellt für palästinensische Frauen in einer patriarchal geprägten Umgebung eine große Herausforderung dar und bietet ihnen gleichzeitig auch Chancen. Die Frauenfußball-Begegnungen schaffen neue Erfahrungsräume, internationale Kontakte und bieten professionelle Begleitung. Zwölf Tage haben die deutschen und palästinensischen jungen Frauen in Seminar-, und Trainingseinheiten nicht nur Fußball gespielt, sondern auch an interkulturellen Workshops teilgenommen. In Hamburg wurden die Gäste von Frauen des Deutsch – Palästinensischen Frauenvereins und von den Fußballerinnen des St. Pauli Fußballvereins empfangen. Die Palästinenserinnen gewannen das Spiel mit 3:2. Willi Lemke sicherte weitere Unterstützung der Frauensportprojekte in Palästina zu. Das LidiceHaus in Bremen (www.lidicehaus.de), das die Begegnung organisiert hatte, kooperiert mit dem Internationalen Begegnungszentrum Bethlehem (IBZ) seit fünf Jahren. Das IBZ fördert mit einem eigenen College und dem Gesundheits-, und portzentrum ganz besonders junge Frauen.

Palästinensische Frauen-Nationalmannschaft bei Werder Bremen - Foto: Anette Klasing

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Osnabrücker Einheit von DIG und DPG

Die Regionalgruppe der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG) Osnabrück und Umgebung ist im März 2009 gegründet worden. Als Novum ist zu vermerken, dass der zweite Vorsitzende der DPG das gleiche Amt bei der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) AG Osnabrück bekleidet. Die Bemühungen der dpg, eine Grundlage zur friedlichen Zusammenarbeit mit allen relevanten gesellschaftlichen Organisationen zu finden, ist durch die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung in Osnabrück realisiert worden.

Über 30 DPG-Mitglieder wirken aktiv und interessiert an den aktuellen Geschehnissen mit. Auf Wunsch der Mitglieder wurden vier Veranstaltungen eigens für die Fortbildung der Mitglieder organisiert, die sich mit der Geschichte, den Kriegen, dem Friedensprozess in der Region beschäftigt haben. Im Frühjahr 2011 ist eine Palästinareise geplant, sowie ein Wochenendseminar in Kooperation mit der AG Osnabrück der DIG und der VHS Osnabrück zum Palästinakonflikt.

Arafat-Umschlag stört Kulturtreibende

Das Theater der Stadt Heidelberg ist mit seinem Stückemarkt im Mai 2010 in die Kritik geraten. In einem offenen Brief an den Schauspieldirektor Jan Linders hat der Heidelberger Verleger Georg Stein seine Kritik deutlich gemacht:

"Offene Kulturarbeit, und um nichts anderes kann es in unserer Gesellschaft gehen, kann und darf – gerade auch in Sachen Israel/Palästina – nicht bedeuten, dass zensurartig vorab entschieden werden soll, welche Bücher ausgelegt werden dürfen und welche nicht. Ihre Äußerung, das israelische Publikum u.a. nicht mit einem "Arafat-Buchumschlag" konfrontieren zu wollen, zeugt von einer leider doch sehr einseitigen, mutlosen und opportunistisch anmutenden Herangehensweise des Theaters an die Thematik. Der sehr einseitige Ansatz des Stückemarkts zeigt sich bereits in der banalen Aufmachung des Gesamtprospekts, der stark an die Publikationen des israelischen Tourismusministeriums erinnert und die Palästinenser auf eine folkloristische Kulisse reduziert. Nicht minder deutlich wird diese Einseitigkeit in den teilweise politisch sehr unreflektierten Formulierungen in den diversen Begleittexten ("Araber gegen Juden" u.a.). Wie man die aktuellen politischen Realitäten in Israel-Palästina derart negieren kann, ist für mich nicht nachvollziehbar.

Ihr Rechtfertigungsargument in der Rhein-Neckar-Zeitung, der Israel-Palästina-Konflikt sei "gegenwärtig kaum beschreibbar und noch weniger lösbar", entbehrt jeglicher sachlichen Grundlage. Ein Engagement gegen inakzeptables Wegschauen und systematische Verdrängung – eine wichtige allgemeingültige Lehre aus dem Holocaust – ist auch in Israel und Palästina gefordert, nicht jedoch Totschweigen und einseitige Positionierung."

Der Heidelberger Palmyra Verlag, der von Georg Stein geleitet wird, veröffentlicht Bücher zum Nahostkonflikt, darunter auch Standardwerke. www.palmyra-verlag.de

Nachruf

Am 26. September 2010 starb Paul Löffler, Mitbegründer der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG). Der evangelische Theologe, war in den 80iger Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Überzeugung gelangt, dass es einer breiteren gesellschaftlichen und politischen Plattform bedarf, um die Sache der Palästinenser stärker in der Öffentlichkeit zu kommunizieren und zu vertreten. Es ging ihm aus der Erfahrung des Krieges und der Nachkriegszeit heraus um Versöhnung und Einsatz auf den Frieden hin. Die "umfassende Solidarität" sah er als die Stärke der DPG. Paul Löffler begleitete die DPG und ihren Vorstand bis zu seinem Tod mit Sorgen, Hoffen, Gedanken und Ratschlag

Zum Nachlesen sei die Biographie empfohlen:
"Mit Spannung leben!" Aphorisma Verlag, Berlin 2006, ISBN 978-3-86575-003-7

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Erklärung zum Hungerstreik-Ende

Mein am 26.07.2010 begonnener Hungerstreik hatte immer zum Ziel, meine im Dezember 2009 geborene Tochter Zaynab als Einwohnerin Ostjerusalems, sowie meine Ehe mit der deutschen Staatsbürgerin Wiebke Diehl zu registrieren.

Ich forderte von Anfang an ein sicheres Bleiberecht für meine Familie und mich in meiner Geburtsstadt und der Geburtsstadt meiner Väter und Vorväter. Diese Forderung steht in Einklang mit internationalem Recht, insbesondere mit Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Seit ich in meiner letzten Presseerklärung angeboten habe, in Begleitung eines hochrangigen deutschen Politikers oder einer Person des öffentlichen Lebens nach Jerusalem zu fahren, um ein Gespräch mit Herrn Amos Arbel, dem Direktor des “Registration and Civil Status Department” des Innenministeriums Israels, zu führen, ist Bewegung in meine Angelegenheit gekommen. Mir wurde von der israelischen Botschaft zugesichert, dass bei diesem Gespräch tatsächlich eine Lösung gefunden werden soll. Zudem wurde mir ein konkreter Termin mit Herrn Arbel vermittelt. Da dieser Termin bereits Mitte September liegt und ich diesen aus gesundheitlichen Gründen nicht wahrnehmen kann, wurde mir versprochen, den Termin um wenige Wochen zu verschieben. Ich erkläre mich bereit, einen solchen Termin wahrzunehmen und dafür nach Jerusalem zu fahren. Herr Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, dem ich für seine Vermittlung zwischen unserer Familie und der israelischen Botschaft sehr herzlich danke, hat sich bereit erklärt, mich bei dieser Reise zu begleiten.

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Die israelische Seite verlangt, dass auch meine Tochter Zaynab für eine Registrierung zugegen sein muss. Mir wurde eine schriftliche Garantie versprochen, dass ein deutscher Pass der Registrierung meiner Tochter als Einwohnerin Ostjerusalems nicht entgegenstehen wird. Nur wenn eine solche Garantie gegeben wird, bin ich bereit, meine Tochter auf die Reise mitzunehmen.

Ich hoffe, dass der von israelischer Seite bekundete Wille, die Angelegenheit einvernehmlich zu lösen, tatsächlich zur unmittelbaren Registrierung meiner Tochter und meiner Ehe führt. Es ging mir nie darum, die gesamten politischen Verhältnisse zu ändern. Obwohl ich grundsätzlich weiterhin die israelische Botschaft als verantwortlich auch für die Palästinenser Ostjerusalems betrachte, bin ich darum bereit, meinen Beitrag zu einem Kompromiss zu leisten. **Ich werde darum morgen, am 4. September 2010 um 17 Uhr, nach 41 Tagen Hungerstreik, diese Phase meines Protests beenden. Dies geschieht im Vertrauen darauf, dass die mir auch durch die Vermittlung hochrangiger Politiker gemachten Zusagen erfüllt werden.**

Firas Maraghy, 3. September 2010

Israels Militärverordnungen

Das Regime der Militärverordnungen ist in hohem Maße undurchsichtig. Die Verordnungen sind in ihrer Mehrzahl nicht einmal den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten bekannt. Sie werden bei Bedarf beliebig ergänzt, da für sie kein umständliches parlamentarisches Verfahren notwendig ist. Sie gelten für das gesamte Besatzungsgebiet und damit auch für die Palästinensische Autonomiebehörde, gleichgültig, ob es sich um A-, B- oder C-Zone handelt. Allerdings ist es durchaus möglich, dass es spezielle Verordnungen für jede Zone gibt.

Verpflichtungen aus dem Internationalen Recht

Die Rechtslage besetzter Gebiete ist im Internationalen Recht relativ klar umrissen. Grundlage sind die Haager Landkriegsordnung, HLKO von 1907, die IV. Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten von 1949 sowie die UNO-Charta von 1945. Auf dieser Basis hat die UNO in zahlreichen Resolutionen der Generalversammlung wie des Sicherheitsrates den Status der Westbank und des Gazastreifens als „besetzte Gebiete“ bestätigt und die Siedlungstätigkeit wie die Annexion von Jerusalem im Jahr 1980 für nichtig erklärt.

Die Grundlage der Pflichten eines Besatzers ist in Art. 43 HLKO beschrieben, nach der er „alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu erfüllen (hat), um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze“. Wie ferner Art. 55 festlegt, darf sich der besetzende Staat „nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe betrachten...Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten“. Vor allem ist „die Zerstörung oder Wegnahmefeindlichen Eigentums außer in den Fällen, wo diese Zerstörung oder Wegnahme durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt wird“, verboten, Art. 23 g HLKO.

Die weit über 2.000 Militärverordnungen, die alle Lebensgebiete der Bevölkerung unter der Besatzung regeln, sind also nur insoweit gültig, als sie den vorläufigen Verwaltungs- und Nutznießungsstatus beachten. Dies mag für die Sperrung von Gebieten aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder Sicherung des öffentlichen Lebens zutreffen, nicht aber für die weitgehenden Landenteignungen zum Siedlungsbau und zur ausschließlichen israelischen Verfügung. Sie sollen hier kurz als Beispiel dargestellt werden.

Sperrgebiete und Sicherheitszonen werden zu Siedlerland

Bis 1979 war die Beschlagnahme zu „militärischen Zwecken“ die gebräuchlichste Form der Landnahme. Sie erfolgte durch Militärverordnungen. Theoretisch bleibt dieses Land in privatem Eigentum und musste nach der Nutzung zurückgegeben werden. Faktisch ist jedoch der meiste Teil dieses beschlagnahmten Landes

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

für nicht-militärische Zwecke wie jüdische Siedlungen, Verbindungsstraßen und Siedler-Ackerland verwandt worden. Eine erleichterte Form ist die Erklärung des Landes zu „Sperrgebieten“ mit der Begründung, dass sie als „Sicherheitszonen“ für militärische Übungen gebraucht werden. Diese Erklärung kann mündlich von einem Militäroffizier zu jeder Zeit ausgesprochen werden. Auch diese “Sperrgebiete“ sind in vielen Fällen später requiriert worden, um auf ihnen Siedlungen zu bauen. So ist die größte jüdische Siedlung in der Westbank, das von der Siedlerbewegung Gush Emunim oberhalb Hebron erbaute Kiryat Arba, auf einem sog. Sperrgebiet. 1989 wurden ca. 20 % der West Bank als derartiges „Sperrgebiet“ für Militärübungen beansprucht.

Die Zweckentfremdung des beschlagnahmten Landes für Siedlungsbau hatte die israelische Armee damit begründet, dass die Siedlungen in den besetzten Gebieten Teil des territorialen Verteidigungssystems seien. Die Richter des israelischen Obersten Gerichts akzeptierten dieses Argument und sahen in dem Siedlungsbau keinen Widerspruch zu den Haager Konventionen, die eine Beschlagnahme für militärische Zwecke erlauben. Allerdings entschieden die Richter 1979, dass diese Siedlungen nur so lange legal seien, wie das israelische Militär das Land besetzt halte. Die darin enthaltene Aussage, dass die Siedlungen nur vorläufig seien, war für die Likud-Regierung nicht akzeptabel. Sie wählte daher ab 1980 einen anderen Weg der Landnahme, indem die Besatzungsbehörden es mittels Militärverordnung zu „Staatsland“ erklärten.

Nicht registriertes Land wird „Staatsland“

Der Begriff des „Staatslands“ ist im Ottomanischen Recht, welches seit dem Bodengesetz von 1858 das Bodenrecht regelt, unbekannt. Ein kleiner Teil war als waqf (islamische Stiftung) oder als mulk (privates Eigentum in den Städten) registriert. Das meiste Land befand sich seit der Eroberung im Jahre 1517 im Obereigentum des Sultan und wurde entweder als miri (privates Land, welches vom Sultan zur Kultivierung vergeben wurde), matrouk (Gemeindeland um die Dörfer) oder mawat (Land, das von jedem benutzt werden konnte, der es benötigte) klassifiziert. Bis zur israelischen Besetzung waren lediglich 1/3 des Landes registriert, und die Besatzungsmacht verfügte 1968 einen Stopp jeder weiteren Registrierung, ausgenommen für jüdische Siedler. Seitdem bekamen die Palästinenser keinen Zugang mehr zu den Grundbuch-Akten.

Die israelische „Landbehörde“ erklärte all jenes Land zum „Staatsland“, welches zum Zeitpunkt nicht registriert war und nicht kultiviert wurde. Obwohl nach einer Übersicht der UNO aus dem Jahre 1950 88% der Westbank sich im Privatbesitz von Arabern befand, interpretierte die Militärverwaltung miri-, matrouk- und mawat-Land als „Staatsland“ und gab es mit der Aneignung durch die Landbehörde frei. Grundlage war die Militärverordnung Nr. 59 v. 31. Juli 1967, die lediglich dem durch die Verordnung geschaffenen „Custodian of Government Property“ die Kontrolle über das Eigentum der Jordanischen Regierung verschaffen sollte, verbunden mit der Aufgabe, es bis zur Beendigung der Besatzung zu verwalten. 1969 wurde Nr. 59 durch die Militärverordnung Nr. 364 ergänzt, die der Behörde die Beweislast abnahm, ob es sich bei dem zum „Staatsland“ erklärten Land wirklich um solches handelt. Der Enteignete musste nun den Beweis antreten.

Enteignung von „verlassenem Eigentum“

Eine weitere Form des Landraubs ist die Enteignung „verlassenen Eigentums“. Grundlage ist auch hier eine Militärverordnung Nr. 58 vom 23. Juli 1967, die einen „Abwesenden“ (absentee) als jemanden definiert, „der das Gebiet der Westbank vor, während oder nach dem Krieg von 1967 verlassen hat“. Dieses Land - ca. 8 % der Westbank nach Schätzung der „Landbehörde“ - soll vom „Custodian of Absentee Property“ verwaltet werden. Vorlage war das israelische „Absentee Property Law“ von 1950, auf dessen Grundlage der Besitz der Araber eingezogen wurde, die nach der Gründung des Staates Israel 1948 vertrieben wurden bzw. flohen. In Israel gebliebene Araber wurden zu „internen Abwesenden“ erklärt, da sie ihr Land verlassen mussten, und meist einige Kilometer weiter innerhalb der Grenzen Israels leben. 40 % ihres Landbesitzes wurde als „verlassenes“ Eigentum konfisziert. In ähnlicher Weise kann der Custodian nach der Militärverordnung Nr. 58 Land beschlagnahmen und übereignen, wenn eine Siedlung es benötigt, selbst wenn der Eigentümer es nicht verlassen hat. Artikel 5 gibt der Verwaltung den gleichen Gutglaubensschutz wie im Falle der Enteignung als „Staatsland“: „selbst wenn sich herausstellt, dass es sich nicht um verlassenes Eigentum handelt“. Nach Schätzungen von Meron Benvenisti sind auf diese Weise bis Anfang

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

der achtziger Jahre ca. 430.000 Dunum Land konfisziert worden. Erst danach begann die Likud-Ära der verstärkten Landnahme.

Eine Enteignung für „öffentliche Zwecke“ ist nach dem Jordanischen Gesetz Nr. 2 von 1953 möglich. Allerdings wurde das Gesetz durch die Militärverordnungen Nr. 131, 321 und 949 abgeändert und aller seiner zivilen Schutzvorschriften beraubt, wie z.B. des Erfordernisses, eine beabsichtigte Enteignung zu veröffentlichen, sie durch die Regierung bestätigen zu lassen und die Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung. Einwände sind nur beim militärischen Einspruchskomitee möglich. Zusätzlich wird dem Gebietskommandeur das Recht gegeben, den Eigentümer gewaltsam von seinem Land zu entfernen und ihn für fünf Jahre ins Gefängnis zu stecken, wenn er Widerstand leistet. Diese Methode wird vor allem gewählt, um das notwendige Land für das Straßennetz zu beschlagnahmen, welches die jüdischen Siedlungen untereinander und mit Israel verbindet.

Die Integration der jüdischen Siedlungen wird als „öffentlicher Zweck“ ausgegeben, obwohl gleichzeitig dadurch die bestehenden arabischen Siedlungen voneinander getrennt und ihre Entwicklung behindert wird. Die Enteignung für „öffentliche Zwecke“ und die anschließende Erklärung zu „Staatsland“ ist die ausschließliche Methode, mit der die Israeli sich Land und Grundstücke in Ost-Jerusalem angeeignet haben.

Norman Paech

Das Leben der Palästinenser unter der israelischen Besatzung

Viele Menschen sind mit der komplexen Situation um den Palästina-Israel-Konflikt überfordert und verstehen nicht, warum es nicht zu einer friedlichen Lösung kommt. An dieser Stelle sollen die alltäglichen Probleme und Behinderungen durch die israelische Besatzungsmacht dargestellt werden. Die israelische Armee und die vielen Militärverordnungen und ministeriellen Erlasse des Staates Israel tragen nicht dazu bei, dass sich die Palästinenserinnen und Palästinenser im eignen Land wohl fühlen. Im Folgenden alphabetisch geordnet die palästinenserfeindliche israelische Matrix der Kontrolle.

Abriegelung

Immer wieder verhängt das israelische Militär teilweise oder vollständige Ausgangssperren in den von ihm kontrollierten Gebieten oder sogar in den von der palästinensischen Autonomie verwalteten Gebieten. So wurde beispielsweise das Westjordanland vor dem israelischen Gedenktag im April 2010 für 72 Stunden komplett abgeriegelt.

Während der Abriegelung ist der palästinensischen Bevölkerung jeglicher Durchgang zu benachbarten Gebieten untersagt. Während dieser Zeit, die mehrere Tage dauern kann, ist selbst für Schüler die Teilnahme am Unterricht und ein Hausbesuch bei Kranken nicht denkbar.

Administrativhaft

Israel hat derzeit rund 800 Palästinenser in Gefangenenlagern inhaftiert, die nichts mit einem Verbrechen zu tun haben, sondern “administrativ” zunächst ohne Nennung von Gründen bis zu sechs Monaten festgehalten werden. Administrative Haft ist nach internationalem Recht illegal. Diese Haft ohne Anklage oder Gerichtsverfahren kann bis auf drei Jahre verlängert werden. Während dieses Zeitraums kann dem Inhaftierten Rechtsbeistand verweigert werden.

Apartheid

Apartheid, institutionelle Rassentrennung, herrscht dann vor, wenn ein Staat zwei unterschiedliche Rechtssysteme anwendet, die einen Teil der Bevölkerung begünstigen. In Bezug auf Israels Politik gegenüber den Palästinensern werden mitunter auch Vergleiche zum Apartheidsystem Südafrikas gezogen.

Israel wendet ein doppeltes Rechtssystem an. Während für die in den besetzten palästinensischen Gebieten lebenden jüdischen Siedler das israelische Gesetz gilt, werden auf die palästinensische Bevölkerung unterschiedliche Gesetze angewandt, jordanisches, ägyptisches und osmanisches Gesetz oder die Bestimmungen der britischen Mandatsbehörde. Dadurch entstand nicht nur der Eindruck von

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Willkür, Trennung und Diskriminierung, sondern ein doppeltes Rechtssystem, das die Existenz der Siedlungen legitimiert und das Recht der Palästinenser auf Wohnbesitz, Bewegungsfreiheit und Lebensunterhalt stark einschränkt.

Arbeit

Die Arbeitslosigkeit in den besetzten Gebieten ist so groß, dass Palästinenser ihre eigenen Dörfer und Städte verlassen müssen, um in benachbarten Ortschaften zu arbeiten. Ohne einen vorher beantragten und von den israelischen Behörden genehmigten Passierschein, können die Arbeiter ihre eigenen Wohnorte aber weder verlassen, noch die avisierten Stellen erreichen. Eine Fahrt oder ein Fußweg, die normalerweise eine Stunde dauern, können einen halben Tag benötigen. Darüber hinaus sind die Arbeiter, die in der Regel ab 5 Uhr morgens Schlange stehen, auf das Wohlwollen der kontrollierenden Soldaten angewiesen.

Seit der zweiten Intifada ist die Billiglohn-Arbeit in israelischen Fabriken und Gaststätten für Palästinenser untersagt.

Armut

Die sehr hohe Arbeitslosigkeit und die dramatisch schlechte wirtschaftliche Lage im Gazastreifen und dem Westjordanland sowie die Zerstörung der Infrastruktur durch israelische Aktionen verstärken die ohnehin vorhandene Armut der palästinensischen Bevölkerung.

Ausbürgerung

Ausbürgerung ist der Verlust der Staatsangehörigkeit durch zwangsweise Entzug oder Aberkennung. Besitzt die betroffene Person keine weitere Staatsangehörigkeit, so wird sie staatenlos. Ein vom israelischen Parlament (Knesset) verabschiedetes Gesetz ermöglicht der israelischen Regierung, israelischen Bürgern, die sich “unpatriotisch gegenüber dem jüdischen Staat Israel” verhalten, die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Wie das Internationale Medienzentrum für den Mittleren Osten (IMEMC) 2007 berichtete, wurde dieses Gesetz vor allem im Hinblick auf die Palästinenser mit israelischem Pass (ca. 21%) verabschiedet und soll arabische Knesset-Abgeordnete einschüchtern und abschrecken. Israelische Gesetze erlauben es, Palästinenser des Landes zu verweisen, ihren Besitz zu enteignen und sie zu verbannen.

Auswanderung

Die täglichen Schikanen und Demütigungen durch die israelische Militärverwaltung haben zu Massenauswanderungen geführt. Einige Länder, wie Norwegen, Schweden, Kanada, Australien und die Vereinigten Staaten, haben ihre Zulassungsbeschränkungen gelockert, so dass viele palästinensische Familien davon Gebrauch machen und ihr Land verlassen. Diese Länder unterstützen damit die israelische Vertreibungspolitik.

Auswärtige Palästinenser

Palästinensern aus der Westbank, die im Ausland studieren oder arbeiten, wird zunehmend die Rückkehr erschwert oder sogar untersagt. Dies wurde durch den spektakulären Hungerstreik von Firas Maraghy vor der israelischen Botschaft in Berlin sichtbar. Weil seiner im Dezember 2009 im Ausland geborenen Tochter das Leben in Ost-Jerusalem verweigert wird, hatte sich Firas Maraghy entschieden, ab 27.7.2010 mit einem Hungerstreik vor der israelischen Botschaft in Berlin zu protestieren. Er berief sich dabei auf die Menschenrechte: Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen. Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

Die israelischen Behörden verweigern vor allem den Bewohnern Ostjerusalems dieses Recht. Häufig muss die Anerkennung eines Neugeborenen vor Gericht erstritten werden, was nicht immer erfolgreich ist. Damit zerstört die israelische Regierung das Leben von Individuen und Familien, denn ihnen wird ihre gesamte Existenzgrundlage entzogen und ganze Familien werden auseinander gerissen oder sehen sich so schließlich zum Verlassen des Landes gezwungen.

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Besiedlung

Bis heute haben sich in den besetzten Gebieten ca. 300.000 Juden in etwa 130 illegal gebauten Siedlungen niedergelassen, dazu kommen weitere 220.000, die in den bereits annektierten Gebieten leben. Ein Drittel dieser Wohnflächen gehört nachweislich palästinensischen Privatpersonen. Israels Siedlungspolitik verfolgt das Ziel, möglichst viele Flächen zu beschlagnahmen, die Entwicklung von palästinensischen Städten und Dörfern zu behindern, die jüdische Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu erhöhen, um bei einer eventuellen Regelung, vollendete Tatsachen geschaffen zu haben. Die jüdischen Siedlungen umzingeln die palästinensischen Ortschaften und werden mit eigenen Straßen, die von Palästinensern nicht benutzt werden dürfen, miteinander vernetzt .

Bewegungsfreiheit

Eine schwangere Palästinenserin, die ihr Dorf verlassen muss, um zum Beispiel nach Nablus ins Krankenhaus zu gelangen, muss mehrmals das Auto wechseln, über staubige Straßenabschnitte zu Fuß laufen, sich bei allen Checkpoints ausweisen und rechtfertigen, warum sie nach Nablus will. Sollte sie von Ehemann und Mutter begleitet werden, kann es vorkommen, dass nur eine Begleitung die Kontrollen passieren darf.

Eine palästinensische Frau musste am 7. Juni 2010 ihr Kind an einer Militärsperre nördlich der Stadt Jericho gebären, nachdem Soldaten sie dort stundenlang angehalten und ihr den Weg zum Jericho-Spital versperrt hatten. Erst als die Soldaten das Schreien des neugeborenen Mädchens im Auto gehört hatten, ließen sie Jamla Hreizat und ihre Begleiterin aussteigen und zu Fuß weitergehen. Die Mutter ist wegen starker Blutungen ebenso wie ihre neugeborene Tochter in kritischem Zustand im Spital angekommen.

Wegen dieser Schikanen führen die meisten Palästinenser keine Familienbesuche durch und ziehen es vor, in ihren Dörfern zu bleiben. Diese vollständige Kontrolle über die Bewegungsfreiheit, die die Palästinenser demütigt und ihre Entwicklung in Wirtschaft und Bildung behindert, entspricht eher einem kollektiven “Hausarrest”.

Blockade

Die seit 2007 über den Gazastreifen verhängte israelische Land-, See- und Luftblockade macht diesen Landstrich zum größten offenen Gefängnis der Welt. Hier leben 1,7 Millionen Menschen mit der größten Bevölkerungsdichte der Welt. Auch in der Wasser- und Stromversorgung sowie der Telekommunikation ist der Gazastreifen nicht autonom, sondern von ausländischer Hilfe sowie von der Autonomiebehörde abhängig. Israel und die westlichen Staaten verhängten diese Blockade um die Hamas-Bewegung zu schwächen. Israel entscheidet, welche Waren in den Gazastreifen eingeführt werden, ob Klopapier und Scheren, Zement oder Medikamente.

Checkpoints

Checkpoints behindern nicht nur die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser, sondern auch den Zugang zu medizinischer Versorgung und zu Schulen. Die Checkpoints entstanden 1991, zwei Jahre vor der Unterzeichnung der Osloabkommen und wurden fortlaufend erweitert.

Zurzeit gibt es rund 90 vom Militär besetzte Kontrollposten,150 so genannte fliegende (mobile) Kontrollstände, 480 Absperrungen an ungeteerten Straßen zwischen den Ortschaften, 90 eiserne Tore und 100 Kilometer Zaun entlang der Straßen, 85 Stahltore in der Trennungsmauer, von denen nur 25 gelegentlich geöffnet werden. Die Palästinenser müssen einen Passierschein haben, sich durch ihre Identitätskarte ausweisen, sich in Reihe aufstellen, Warten in Kauf nehmen, um vielleicht passieren zu dürfen.

Deportation

Seit dem 13. April 2010 gilt die Militär-Verordnung 1650, die die Vertreibung von bis zu 70 000 Palästinensern aus dem Westjordanland möglich macht. Palästinenser, die in der Westbank ohne eine israelische Genehmigung leben, z.B Studenten an der Birzeit Universität, werden als 'Eingeschmuggelte' oder 'Illegale' eingestuft. Sie werden als Kriminelle behandelt und können deportiert oder für 7 Jahre ins

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Gefängnis geworfen werden und müssen außerdem 7.500 Shekel oder 1.500 Euro Strafe zahlen. Betroffen ist

- Jeder Palästinenser, der im Westjordanland lebt, aber ursprünglich im Gazastreifen zur Welt kam.
- Jeder Palästinenser, der im Westjordanland lebt, aber mindestens einen Elternteil hat, das ursprünglich aus dem Gazastreifen kommt.
- Jeder mit einem israelischen Ausweis.
- Jeder mit einem ausländischen Pass, auch wenn er mit einer/m Palästinenser/in verheiratet ist und in der Westbank lebt.
- Jeder Palästinenser aus dem Westjordanland, der aus unterschiedlichen Gründen vorübergehend seine Aufenthaltserlaubnis verloren hat, zum Beispiel durch einen zu langen Aufenthalt im Ausland (Studium u. Ä.)

Diskriminierung

Die einschlägigen israelischen Bestimmungen, die ausschließlich palästinensische Bürger betreffen und sie beeinträchtigen, aber niemals auf jüdische Staatsbürger Anwendung finden, sind ein Beleg für eine bewusste staatliche Diskriminierung. Israelische und internationale Menschenrechtsorganisationen kritisieren seit vielen Jahren vergeblich diese Politik. Palästinenser sind oft Opfer von Angriffen durch jüdische Siedler, die von der israelischen Armee eher geschützt als geahndet werden.

Einreise

Es gibt keine klaren und durchsichtigen Gründe, warum und wieso Personen der Zugang ins Land verweigert wird. So wurde dem amerikanischen Linguisten Noam Chomski, einem der bedeutendsten Denker der Welt, der Zugang nach Israel und in die Besetzten Gebieten verwehrt. In letzter Zeit durften weitere ausländische Bürger nicht einreisen, zum Beispiel der spanische Clown Ivan Prado. In keinem dieser Fälle wurde ein Grund angegeben - wenn man von den sehr ungenauen “Sicherheitsgründen” absieht.

Enklaven

Die illegal auf besetztem Land immer mehr werdenden jüdischen Siedlungen umschließen die palästinensischen Ortschaften. Die für die Siedler eigens gebauten neuen Straßen, deren Benutzung den Palästinensern untersagt ist, verbinden diese Siedlungen netzartig miteinander. Dazwischen bleiben palästinensische Enklaven, die nicht oder schlecht miteinander verbunden sind. Der Wechsel von der einen Enklave zur benachbarten ist nur durch Sondergenehmigungen und Passieren von israelischen Checkpoints möglich.

Enteignung

Ein Beispiel: Die israelischen Behörden entschieden, 30 Dunum palästinensisches Land zu enteignen, das Dorfbewohnern von Beit Ola, nahe Hebron, gehört. Die Bauern aus dem Ort sagten, dass die Armee diese Order ihnen nicht selbst ausgehändigt hat, sondern die Dokumente auf den Boden der betreffenden Ländereien gelegt habe. Sie besagen, dass “nach Militärorder dieses Land nun Staatsland sei”, und dass die Bewohner 45 Tage Zeit haben, um gegen diese Entscheidung Klage zu erheben.

Das konfiszierte Land liegt im Gebiet von Abu Haltam, Um al-Khanazeer und Wadi al Jalamoun. Dort hatte die Armee schon 1000 Dunum enteignet, um die Annexionsmauer zu bauen. Die neue Enteignung wird wahrscheinlich zur de facto Annexion von weiteren 5000 Dunum Land führen, die danach abgeschnitten hinter der Mauer liegen.

Ein anderes aktuelles Beispiel: Die Westbank-Gemeinde Akraba liegt am Rande des Jordantals, etwa 20 Kilometer südöstlich von Nablus nahe der jordanischen Grenze. 9.000 Menschen leben in diesem Ort. Die ortsansässigen Familien sind Bauern und Schafhirten und nutzten das gesamte Land, das sich bis zum Jordan erstreckte. Seit 1967 jedoch werden sie beständig durch die israelischen Besatzungskräfte verdrängt, rund 20 Kilometer von dem Land entfernt, das ursprünglich ihnen gehörte. Zunächst wurden sie zwangsumgesiedelt, weil man das Land als militärisches Übungsgebiet konfiszierte. Dann wurde 1973 ein Teil des Landes zur Siedlung Gitit umgewandelt.

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Entwürdigung

Es ist entwürdigend, eine Genehmigung zum Arztbesuch oder für die Fahrt zur Arbeit von den israelischen Behörden zu holen, in einer Schlange bei Hitze oder Kälte anzustehen, sich anschließend vor den Dienst habenden Besatzungssoldaten rechtfertigen zu müssen oder gar angebrüllt zu werden. Es ist unerträglich, auf das willkürliche Wohlwollen der Soldaten angewiesen zu sein. Es ist erniedrigend, vor den eigenen Kindern auf Durchlass betteln zu müssen. Es ist menschenunwürdig, andere Menschen zu erniedrigen und so zu misshandeln. Tagtäglich müssen Tausende Palästinenser solche Entwürdigungen ertragen.

Familienzusammenführung

Die Zahl der Eheschließungen zwischen Palästinensern aus den besetzten Gebieten und israelischen Palästinensern wächst. Um Palästinenser aus den besetzen Gebieten daran zu hindern, sich in Israel niederzulassen, hat Israels Oberster Gerichtshof unter Berücksichtigung der Menschenrechte entschieden, solchen Paaren aus Sicherheitsgründen das Recht zu verweigern, in Israel zusammenzuleben. Am 26. Januar 2006 wurden mitten in der Nacht acht palästinensische Frauen, Mütter von kleinen Kindern, aus ihren Wohnungen in Jalyulia in Israel geholt und nach Qalkilia gebracht, da sie sich angeblich seit Jahren illegal in Israel aufhalten, obwohl sie dort legal verheiratet leben.

Festnahmen

Willkürlich werden Palästinenser einzeln oder kollektiv festgenommen. In der Regel werden ihnen die Augen verbunden, ihre Hände werden mit Plastik-Kabeln zusammengebunden. Sie werden gezwungen, zu hocken, zu knien oder für längere Zeit zu sitzen. Diese Art der Massenfestnahme und Inhaftierung wurde von Amnesty International als eine Verletzung der Menschenrechte verurteilt. Zurzeit sind rund 9.000 Palästinenser im Alter von 15 bis 45 interniert oder inhaftiert.

Folter

Nach Mitteilung des israelischen Komitees gegen Folter werden hunderte Palästinenser, auch Minderjährige, in israelischer Haft während ihrer Verhöre Opfer systematischer Folter.

Gemeinschaft

Die Familienbindungen stehen – wie im ganzen Orient - im Mittelpunkt der palästinensischen Gesellschaft. Durch die Zerstückelung der palästinensischen Flächen und die Bildung der Enklaven wird die Kommunikation der Familien dermaßen gestört, dass gegenseitige Besuche kaum möglich sind. Viele junge Palästinenser kennen außerhalb ihrer Wohnorte kaum andere Städte ihres eigenen Landes. Die israelischen Maßnahmen, wie Behinderung der Bewegungsfreiheit, Erteilung von unterschiedlichen Identitätskarten und Passierscheinen und die vielen Kotrollen veranlassen viele Palästinenser in ihrer Enklave zu bleiben. In einigen Ortschaften ist die Wahl der Ehepartner durch diese Enge kaum möglich. Die israelische Besatzung beeinträchtigt so die palästinensische Identität und die soziokulturelle Gemeinschaft.

Die israelische Besatzungsmacht beherrscht nicht nur das Land und die Küste, sondern auch den Luftraum über den besetzten Gebieten, nicht nur für den Flugverkehr, sondern auch für die Telefonverbindungen über Handys. Die dafür notwendigen Frequenzen werden kontrolliert, aber auch bei Bedarf von Israel gesperrt.

Gesundheit

Auf Grund von Abriegelung, Belagerung und Ausgangssperren ist die Gesundheitsversorgung in den von Israel besetzten Gebieten und vor allem wegen der totalen Blockade des Gazastreifens stark beeinträchtigt oder nicht gewährleistet. Medizinisch erforderliche Untersuchungen, Behandlungen, Medikamente und Impfstoffe können Kranke nicht erhalten. Durch unzureichende und einseitige Ernährung sowie schlechte Wasserversorgung treten bei Kindern vermehrt Durchfall-, Magen- und Darmerkrankungen auf.

Dieser Beitrag wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt

Nazih Musharbash

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Weltweite Solidarität

Gaza Freiheits-Flottille

Acht Schiffe waren ab Ende Mai 2010 als Flottille der Freiheit auf dem Weg nach Gaza. Die Internationale Free Gaza Bewegung, 2006 gegründet, um die Blockade zu brechen und – zumal nach dem kriegerischen Überfall 2008/2009 auf Gaza – überlebenswichtige Hilfsgüter zu bringen, war fünf Mal mit ihren Booten nach Gaza durchgekommen. Zweimal waren die Boote von der israelischen Marine gehindert worden, einmal gerammt und see-untüchtig gemacht, ein anders Mal aufgebracht und nach Ashdod abgedrängt worden. Nun sollte eine Gruppe von Schiffen die Fahrt vor den Augen der Welt spektakulärer und den Erfolg sicherer machen. Auch eine Arbeitsgruppe von KoPI, dem Deutschen Koordinationskreis Palästina Israel – für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden, als Bündnis aus mehreren seiner Mitglieder, hatte beschlossen sich diesen Zielen und daher dieser Bewegung anzuschließen.

Die Zusammenarbeit mit Free Gaza lief gut. Nur das Warten war zeitweilig zermürbend. Wann würde es wirklich losgehen? Wann würden genügend Schiffe gekauft oder gemietet sein, wann die Vorbereitungen abgeschlossen und auch die Wetterbedingungen akzeptabel sein? Interessenten zur Mitreise, besonnene und erfahrene, zumeist politisch denkende Personen, Menschenrechtsverteidiger, meldeten sich. Als „Telefon- und Email-Zentrale“ beobachtete ich mit großer Hochachtung die Arbeit des Free Gaza Teams: Schiffe beschaffen, Abreise-Häfen festlegen, Passagierlisten aufstellen, Anreise- und auch Rückreise der einzelnen Passagiere einplanen, Adressen und Notfalladressen vermerken, dazu Satelliten-Telefone pro Schiff, eine ununterbrochene Internetverbindung und allgemein die ganze „normale“ Logistik organisieren.

Am Trainingstag wurden die Passagiere auf Gewaltfreiheit verpflichtet. Sie unterschrieben dies, jeder einzeln. Die Schiffe trafen an einem vereinbarten Punkt südlich von Zypern zusammen. Es waren noch sechs Schiffe: die Challenger I, die Sfendoni, die Eleftheri Messogeio, der Frachter Defney, die Gazze I Sofia und das große Passagierschiff, die Mavi Marmara. Zusätzlich das Frachtschiff „Rachel Corrie“ aus Irland, das wegen technischer Probleme nur langsam hinterher kam. Insgesamt etwa 700 Passagiere aus 36 Ländern mit 10.000 Tonnen Hilfsgütern (von Medikamenten und medizinischen Geräten, von Rollstühlen über Textilien bis zu Baumaterialien wie Zement und Fertighausteilen). Die Koalition der Organisatoren bestand aus: Free Gaza Bewegung, Europäische Kampagne zur Beendigung der Blockade von Gaza (ECESG), Internationales Komitee zur Beendigung der Gaza-Blockade (ICESG), Griechische Kampagne Schiff nach Gaza, Das Schwedische Schiff nach Gaza und der türkischen islamischen Hilfsorganisation IHH.

Mitglieder der deutschen Delegation waren die Bundestagsabgeordneten der LINKEN Annette Groth und Inge Höger, Professor Norman Paech, Matthias Jochheim vom IPPNW-Vorstand und Nader El Sakka, Palästinenser mit deutschem Pass. Sie reisten auf der Mavi Marmara.

Frachtschiff Rachel Corrie - Foto: freegazaorg

Bereits am Abend des 30. Mai umgaben israelische Marineschiffe die Flotte. Am Morgen des 31. Mai um etwa 4.30 Uhr griffen sie an, beschossen die Mavi Marmara, die nun von rund 30 Schnellbooten umzingelt war. Aber erst Schüsse von Hubschraubern aus konnten Ziele erreichen. Soldaten seilten sich auf die Mavi Marmara ab. Die Challenger I, eine schnelle Yacht, konnte den Angreifern eine Weile davonbrausen, bevor sie doch geentert wurde. Die Eleftheri Messogeio hatte sich mit Stacheldraht verschanzt – das hielt die Soldaten eine Weile auf. Geschossen wurde auf allen Booten, mit Tränengas, mit Blendgranaten und Elektroschockwaffen; nur auf der Mavi Marmara wurde Passagiere mit Kugeln in den Kopf und in den Rücken geschossen. Hier gab es neun Tote. Die Passagiere hatten sich gewehrt, indem sie die Soldaten zu entwaffneten versuchten, deren Waffen ins Meer warfen oder fort schleuderten.

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Am Ende ergaben sich alle Kapitäne entsprechend der ursprünglichen Absprache mit Free Gaza, um weitere Konfrontationen zu verhindern. Sie riefen zur Ruhe auf. Die Gefangenen wurden gefesselt, mussten lange kniend ausharren, kein Essen, kein Trinken, kein Klo, auch keine Medikamente z.B. für Zuckerkranke. Die Überfahrt nach Ashdod dauerte etwa zehn Stunden. Beim Aussteigen wurden die Vertreter der Botschaften und Konsulate entgegen diplomatischen Vorschriften nicht zu ihren Staatsangehörigen vorgelassen. Die Passagiere wurden verhört und sollten unterschreiben, sie seien illegal nach Israel eingereist und bäten jetzt um Ausweisung. Viele weigerten sich, zu unterschreiben. Hab und Gut aller wurde einbehalten. Manche fanden einiges später in Istanbul wieder – ohne die Wertsachen.

Wir beobachteten die Fahrt in ihrem Verlauf über Internet und so lange Funkverbindung auf See bestand auch über SMS. Am 31. Mai um 12.00 Uhr luden wir in Berlin zu einer ersten Pressekonferenz ein. Am folgenden Tag, dem 1. Juni, kam die deutsche Delegation so weit wohlbehalten in Schönefeld an und gab ihre erste Pressekonferenz. Die Medizinische Hilfe aus Deutschland, die mit dem Schiff Rachel Corrie transportiert wurde, ist im September in Gaza angekommen und konnte von unserer Partnerorganisation Union of Health Care Committees in Empfang genommen werden.Was hatten sie, was hatten wir erwartet? Wohl niemand hatte, bei aller Hoffnung, wirklich erwartet, die Flottille werde glatt durchkommen und würde, wie die früheren Schiffe, von frohen Menschen in Gaza empfangen. Wir hatten ein Zeichen setzen wollen, der Welt klar machen, dass die Blockade von Gaza unmenschlich ist; den Menschen in Gaza wollten wir bezeugen, dass auch sie Teil der menschlichen Gemeinschaft sind, dass sie keine Almosenempfänger bleiben sollen, sondern Anrecht auf ein Leben in Würde haben, mit eigener Wirtschaftskraft.

Gisela Siebourg, Free Gaza Deutschland

INTERNATIONAL: Rechte der Beduinen

Weil Israel systematisch die Land- und Wohnrechte der Minderheit der Beduinen verletzt, wie sie im Internationalen Recht garantiert sind, hat pax christi international den UN-Menschenrechtsrat aufgefordert, Israel zu drängen, sich an die Prinzipien zu halten, die es selbst einzuhalten versprochen hat. pax christi hat in seiner Eingabe vom September 2010 vorgeschlagen, eine unabhängige Kommission einzusetzen, um in Bezug auf die Volksgruppe der Beduinen Landzuweisung, Planung und Hauszerstörungen zu untersuchen.

So seien transparente und gerechte Kriterien für die Schaffung neuer oder die Anerkennung neuer Wohnstätten einzurichten; starke gesetzliche Garantien für die Einbeziehung der Beduinen in den Planungsprozess zu schaffen; Gesetze zu schaffen, die die Bleibesicherheit für die Beduinen gewährleisten; den UN-Spezialberichterstatter für entsprechende Wohnmöglichkeiten und den Spezial-Berichterstatter für die Situation der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten für die indigene Bevölkerung einzuladen, den Fall zu untersuchen und Empfehlungen zu geben. Die Israelische Regierung soll über die ständigen Ausweisungen und Demolierungen der Wohnungen der Beduinen im Negev zur Rede gestellt werden. Der Spezialberichterstatter der UNO für entsprechende Wohnmöglichkeiten und der Spezialberichterstatter für die Situation der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten der indigenen Bevölkerung sollten den Negev besuchen, um den Fall zu untersuchen und die notwendigen Empfehlungen zu geben.

DEUTSCHLAND: Freiheit für Abdallah Abu Rahmah

Die Internationale Liga für Menschenrechte hat sich an das Auswärtige Amt gewandt mit über 700 Unterschriften unter einen Appell an Außenminister Westerwelle und Bundeskanzlerin Merkel, sich öffentlich für die Freilassung des Koordinators des Bürgerkomitees von Bilin, Abdallah Abu Rahmah, einzusetzen. Weitere Unterstützung der Kampagne zur Freilassung von Abdallah Abu Rahmah ist nötig, teilte die Liga mit.

Abu Rahma, Trager der Carl-von-Ossietzky-Medaille für Zivilcourage und herausragende Verdienste im Einsatz für die Menschenrechte, ist seit neun Monaten in Haft. Viele vergleichen den 39 Jahre alten Lehrer und Vater von drei Kindern aus dem palästinensischen Dorf Bil'in mit Mahatma Gandhi. Abdallah Abu Rahma steht für den gewaltlosen Widerstand gegen den israelischen Siedlungs- und Mauerbau auf Bil'iner Land, der seit 2005 mit wöchentlichen Demonstrationen am Trennzaun sichtbar gemacht wird.

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

GROSSBRITANNIEN: Britische Gewerkschaft boykottiert Israel

Aus Solidarität mit den Palästinensern hat der größte britische Gewerkschaftsverband seine Mitglieder zum Boykott israelischer Waren aufgerufen, wie dpa aus London meldet. Supermärkte und andere Einzelhändler sollten keine Waren aus «illegalen» israelischen Siedlungen in den Palästinensergebieten verkaufen, hieß es beim Jahrestreffen des Trades Union Congress (TUC) im September 2010 in Manchester. Es müsse mehr getan werden, um die Palästinenser zu unterstützen, sagte Paul Kenny von der Gewerkschaft GMB, die verschiedene Branchen vertritt. Es dürften nicht nur Reden gehalten und Resolutionen verabschiedet werden. Mit ähnlichen Methoden hätten die Gewerkschaften auch gegen die Apartheid in Südafrika gekämpft, sagte er.

GROSSBRITANNIEN: Elvis Costello sagt Konzerte in Israel ab

Der Sänger Elvis Costello hat zwei Konzerte, die für Sommer 2010 in Israel geplant waren, wegen seiner Besorgnis über den israelisch-palästinensischen Konflikt abgesagt und entschuldigte sich dafür bei Veranstaltern und Fans. Er glaube, dass im Publikum auch viele gewesen wären, die die Siedlungspolitik ihrer Regierung in Frage stellen, schrieb er auf seiner Webseite und grüßte alle mit der Hoffnung auf Frieden und Verstehen.

KANADA: Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen (BDS)

Die Vereinigung der Südafrikanischen Gewerkschaften (COSATU) nimmt im Oktober an einer BDS Konferenz in Montreal/Kanada teil. Damit will das kanadische Bündnis einen Bogen von Sharpeville nach Gaza beschreiben. www.bdsquebec.org

KANADA: Post auf dem Weg nach Gaza

Kanadas Postgewerkschaft hat erfahren, dass der Briefverkehr in den Gazastreifen blockiert ist. Zusammen mit der kanadischen „Schiff nach Gaza“ Kampagne arbeitet sie nun daran, den besten Weg zu finden, wie die Briefzustellung in den Gazastreifen möglich ist. „Wenn der Bann nicht aufgehoben wird, wird die kanadische Kampagne die Briefe persönlich ausliefern“, heißt es bei der Kampagne. Unverschlossene Briefe und Postkarten sollen deshalb Teil ihrer Schiffsladung sein. Artikel 25 der Vierten Genfer Konvention garantiert das Recht auf persönliche Korrespondenz mit Familienmitgliedern unter Besatzung. Die Schreiberinnen und Schreiber werden daran erinnert, dass ihre Post wie die gesamte Ladung auch in israelischen Händen landen könnte, falls das Boot geentert würde.

ISRAEL: Protest gegen neue Militärverordnung

Eine im April in Kraft getretene neue israelische Militärverordnung sieht vor, dass alle Bewohner der Westbank, einschließlich jener, die dort geboren sind und in den palästinensisch verwalteten Gebieten leben, eine von Israel ausgestellte Erlaubnis brauchen. Jemand ohne diese Erlaubnis gilt als Infiltrator, den das Militär verfolgen und deportieren kann. Dies widerspricht der Genfer Konvention.

In einem Brief an Verteidigungsminister Barack drücken zehn israelische Menschenrechtsorganisationen ihre Sorge aus, dass die neue Verordnung genutzt wird, um Einwohner der Westbank in den Gazastreifen abzuschieben und um Einwohner mit ausländischen Pass z.B. Ehefrauen, abzuschieben. Zehntausende Menschen könnten unter dieser neuen Order deportiert oder ins Gefängnis gesteckt werden. Unterzeichnet wurde der Brief von: HaMoked: Center for the Defence of the Individual, The Association for Civil Rights in Israel, Bimkom, B’Tselem, Gisha, The Public Committee Against Torture in Israel, Yesh Din, Adalah, Rabbis for Human Rights und den Physicians for Human Rights.

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

ISRAEL: Aktion in Zivilem Ungehorsam

Transformation: The Se ais Black, 2007
Innas Yassin, Ramallah/Palästina

***Inass Yassin**, Jahrgang 73, ist eine palästinensische Künstlerin. Sie arbeitet mit Fotos, Malerei und verschiedenen Materialien und lebt in Ramallah. Yassin's Arbeiten wurden in Palästina, New York, Leipzig, Oslo, London, Dubai und Amman ausgestellt.*

Das Bild ist Teil einer Serie, die in Ramallah entstanden ist. Ihr Blick aus dem Fenster reichte normalerweise bis ans Meer. Doch die schnelle Urbanisierung Ramallahs verbaute diese Sicht. Dazu kommt, dass das Mittelmeer für Einwohner der Westbank sowieso nicht erreichbar ist. Das Bild des Meeres ist deshalb ein gefühltes und in der Vorstellung entstandenes Bild. Gefühl und Vorstellung werden jedoch durch die Wirklichkeit und die Transformationen des Ortes geprägt, in dem man lebt.

Am Freitag den 23.Juli 2010 machte ein Dutzend jüdischer Frauen, ein Dutzend palästinensischer Frauen, ein Baby und drei palästinensische Kinder in sechs privaten PKWs einen Ausflug von der Westbank. Wir überquerten etliche Checkpoints und fuhren in die israelische Küstenebene und fuhren auch durch Tel Aviv und Jaffa. Wir waren in einem Restaurant, schwammen im Meer und spielten am Strand. Wir beendeten unseren Tag in Jerusalem. Die meisten unserer palästinensischen Gäste hatten noch nie das Meer gesehen. Die meisten hatten noch nie in ihrem Leben an ihren heiligen Stätten gebetet. Sie sahen voller Sehnsucht von der Höhe des Skopusberges hinüber…Keiner unserer Gäste hatte einen Passierschein von den israelischen Behörden. Wir verkünden dies hier öffentlich, dass wir absichtlich das Eintritts-Gesetz nach Israel verletzt haben. Wir taten dies in den Fußstapfen von Ilana Hammerman, nachdem der Staat mit der Polizei eine Klage gegen sie eingereicht hat. Sie hatte am 7. Mai einen Artikel in Haaretz veröffentlich und dort von einer ähnlichen Exkursion berichtet.

Wir können der Rechtmäßigkeit des "Eintrittsgesetzes nach Israel" nicht zustimmen, das jedem Israeli und jedem Juden erlaubt, sich in allen Regionen zwischen Mittelmeer und dem Jordan frei zu bewegen, während es den Palästinensern dieses Recht verweigert. Es ist ihnen nicht erlaubt, innerhalb der besetzten Gebiete sich frei zu bewegen und auch nicht in den Städten jenseits der Grünen Linie, wo ihre Familien, ihr Volk und ihre Traditionen tief verwurzelt sind.Sie und wir, gewöhnliche Bürgerinnen, vollführten diesen Schritt mit klarer und entschlossener Haltung. Auf diese Weise waren wir privilegiert, einen der schönsten und aufregendsten Tage unseres Lebens zu erleben, uns mit unseren tapferen palästinensischen Nachbarn zu treffen und anzufreunden und zusammen mit ihnen freie Frauen zu sein - wenigstens einen Tag lang. Wir nahmen keine "Terroristen" oder Feinde mit, sondern Menschen. Die Behörden trennen uns von diesen Frauen mit Zäunen und Straßensperren, Gesetzen und Regeln. Oft wird behauptet, dies geschehe um unserer Sicherheit willen. Tatsächlich sind die Barrieren nur dafür bestimmt, die gegenseitige Feindseligkeit und die Kontrolle des nach internationalen Konventionen und den Werten von Gerechtigkeit und Humanität illegal genommenen palästinensischen Landes zu verewigen.

Nicht wir verletzen das Gesetz -- der Staat Israel verletzt es seit Jahrzehnten. Nicht wir, Frauen mit einem demokratischen Gewissen haben das Gesetz, die Grenze überschritten, der Staat Israel überschreitet sie.

Henry David Thoreau schrieb in seinem berühmten Aufsatz "Ziviler Ungehorsam" (1845) :
" /wenn ein Sechstel einer Bevölkerung einer Nation, die **ein Refugium der Freiheit sein will, Sklaven sind und ein ganzes Land ungerechterweise überrennt und durch eine fremde Armee erobert und** einem Militärgesetz unterwirft, **dann denke ich, ist es für ehrenhafte Männer (und Frauen) nicht zu früh, zu rebellieren und zu revoltieren. Was diese Pflicht noch dringender macht, ist die Tatsache, dass das überrannte Land nicht das unsrige ist, aber die> eingefallene Armee unsere Armee ist. ."/**
Hört auf diese Worte und seht wie sehr sie unsere Situation hier und jetzt beschreiben -- und das tun, was wir getan haben.

Hier die Namen der 12 tapferen Frauen:

Ilana Hammerman, Nitza Aminov, Irit Gal, Jerusalem; Annelien Kisch, Ronit Marian-Kadishai, Ramat Hasharon; Esti Tsal, Jaffa; Daphne Banai, Klil Zisapel, OfraYeshua-Lyth, Ruti Kantor,Tel Aviv; Michal Pundac Sagie, Herzlia; Roni Eilath, Kvar Sava.

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Österreich: Keine Deportation von Parlamentariern

Die Gesellschaft für Österreichisch Arabische Beziehungen (GÖAB) hat die österreichische Bundesregierung aufgefordert, sich bei der israelischen Regierung gegen die drohende Ausweisung von vier gewählten Mitgliedern des Palästinensischen Legislativrates zu verwenden. Israel verletze notorisch und völlig absichtlich die Menschenrechte großer Teile der palästinensischen Bevölkerung und so könne es darauf seitens der Europäischen Union doch nur mehr eine Antwort geben: konkrete Maßnahmen wie die Sistierung einzelner Verträge und Abkommen.

PALÄSTINA: Kampagne für ein Recht auf Bildung

Studierende der Birzeit Universität haben zu einer Aktionswoche „Recht auf Bildung“ aufgerufen. Sie berufen sich dabei auf Artikel 26 der Menschenrechte, der besagt: Jedermann hat das Recht auf Bildung. http://right2edu.birzeit.edu

Wichtige Webadressen

http://www.nad-plo.org

Hier kommt man auf die Seiten des von Saeb Erekat geleiteten PLO-Büros für die Verhandlungen mit Israel. Eine Übersicht über die bisherigen Verhandlungsergebnisse, Karten und Nichteinhaltung der Abkommen ist dort zu finden. Akribisch führt diese Stelle Buch über Menschenrechtsverletzungen. Für jeden Tag gibt es eine Statistik, wie viele Palästinenser getötet, verwundet, verhaftet wurden, wie viel Land enteignet wurde, aber auch wie viele Raketen nach Israel abgefeuert wurden. Ausführliche Beschreibungen der Statistik-Tabelle lassen ein Bild vom Alltag in den besetzten Gebieten entstehen.

http://www.hamoked.org

Wer nähere Angaben zu Adminstrativhaft, Gefangenen oder Deportationen sucht ist auf den übersichtlichen und informativen Seiten von Hamoked richtig. Diese israelische Menschenrechtsorganisation mit knapp 40 Angestellten, darunter vielen Rechtsanwälten, wurde 1988 als Center for the Defence of the Individuum gegründet. Auf ihrer Webseite gelangt man zu einem Quiz mit Fragen zur Besetzung der palästinensischen Gebiete, wo jeder interaktiv sein Wissen testen kann. Weiter kann man sich dort unter “Court watch” über Neues aus den Gerichtssälen informieren.

In Ausgabe 1/2010 vorgestellte Links:

www.palaestina-portal.eu

www.kopi-endederbesatzung

www.kairospalestine.ps

www.pchrgaza.org

www.stopthewall.org

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Medien

Warum Palästina und nicht Darfur?

„Warum kümmern Sie sich denn um Palästina, warum nicht um Darfur, Tschetschenien oder Tibet?“ Die Antwort auf die tragische Geschichte des palästinensischen Volkes ist eine europäische, wie die Liste der Beiträger/Innen zeigt. „Nie wieder! Nie wieder schweigen bei Diskriminierung aufgrund von Zugehörigkeit, sei es rassische, religiöse, weltanschauliche!“ Jeder der Autoren/Innen schreibt etwas über seinen bzw. ihren Zugang zum Thema Israel/Palästina.

Allen Autoren/Innen liegt das Wohl Israels am Herzen, aber alle fordern, dass auch dem palästinensischen Volk Gerechtigkeit und Genugtuung für die erlittenen Leiden und Ungerechtigkeiten widerfahren müsse, die die zionistische Bewegung und seit 1948 der Staat Israel über es gebracht habe. „Nein, es geht mir nicht nur um die Rechte der Palästinenser, es ist die Sorge um die Zukunft und das Schicksal beider Kontrahenten, der Israelis und der Palästinenser, die mir keine Ruhe lässt“, so Sigrid Langhaeuser. Mit ihr sind sich Hajo Meyer, Felicia Langer, Evelyn Hecht-Galinski, Abraham Melzer, Rupert Neudeck, Gerhard Fulda, Sophia Deeg, Sabine Matthes, Ruth Fuchtman und Rolf Calebow mit den anderen Autoren einig. Am Ende ihres Beitrages begründet Deeg, warum sie sich stärker für Israel/Palästina als für Darfur engagiert: „Aufgrund der Verquickung der persönlichen politischen Bewusstseinsgeschichte und dessen, was in Israel/Palästina heute geschieht und wie es hierzulande tagtäglich in einem aufdringlichen, überdimensionalen Zerrspiegel grotesk entstellt dargestellt wird, komme ich nicht umhin, mich mehr mit Israel/Palästina zu beschäftigen als mit Darfur.“ Auch bei den globalen Widerstandorganisationen, die sich gegen die neoliberale Globalisierung und ihre Kriege, Terror- und Besatzungsregime zu Wehr setzen, stehe der Kampf für die Rechte der Palästinenser oben auf der Agenda.

Mit „Palestine on my Mind“ ist es dem Herausgeber gelungen, ein Kaleidoskop von Personen und deren Motive für ihr Israel-Palästina-Engagement zu vereinen. Ob dieses Buch die politische Elite und die Israel-Protagonisten zum Nach- oder gar zum Umdenken bewegen kann, muss die Zukunft zeigen. Ein „Weiter so!“ in der deutschen Nahostpolitik darf es nicht geben. Das Buch trägt zur Enttabuisierung dieses Themas bei und leistet damit einen Beitrag, die ungeheuerliche Wirklichkeit des dortigen Zustandes wahrzunehmen und in konkretes politisches Handeln umzusetzen.

Ludwig Watzal

"Denk ich an Palästina"
Palestine on my mind. Günter Schenk präsentiert 26 Zeugnisse aus unserer Zeit.
Zahlreiche s/w-Fotos und Zeichnungen auf 16 Seiten.
Illustriert von Naji El-Ali
Herausgegeben von Günter Schenk
Übersetzt von Günter Schenk, Sophia Deeg
Melzer Verlag, Neu-Isenburg 2010, ISBN: 3981318978-18 Euro

Der Palästinakonflikt – Dieses Buch ist ein Muss

Alexander Flores lehrt Wirtschaftsarabistik an der Hochschule Bremen. In seinem neuen Buch vermittelt er in kompakter und sehr lesbarer Art die Zusammenhänge des großen und tragischen Konflikts Israel-Palästina.

Über jedes Kapitel stellte er ein gängiges Vorurteil, das er anschließend widerlegt. Er beginnt mit der Entstehung des Zionismus in Europa und schildert die Zeit bis zum britischen Mandat: "Palästina war von 1516 bis 1918 integraler Bestandteil des Osmanischen Reichs. Eine osmanische Verwaltungseinheit 'Palästina' gab es nie. Dennoch hatte das Territorium, das dem späteren britischen Mandatsgebiet entsprach, im 19. Jahrhundert in den Augen der Europäer,
aber dann auch seiner Bewohner als zusammenhängendes Gebilde Gestalt angenommen und wurde auch damals schon Palästina genannt. Als die zionistisch inspirierte jüdische Besiedlung des Landes begann,

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

also um 1880, hatte Palästina ca. 460 000 Einwohner; von ihnen waren etwa fünf Prozent Juden, fast alle anderen Araber, meist sunnitische Muslime, etwa zehn Prozent Christen und einige Drusen. Palästina war also ein arabisches Land." (S. 27)

Flores erklärt die Hintergründe der Ablehnung des Zionismus durch die palästinensische Bevölkerung während der britischen Mandatszeit. "Die Methoden der Bewegung waren über weite Strecken friedliche Proteste, Verhandlungen mit den Engländern, die Entsendung von Delegationen nach London und das Werben um arabische und internationale Unterstützung. Nur gelegentlich entlud sich die Frustration und Besorgnis der palästinensischen Araber gewaltsam... " Schließlich führten Enttäuschung und Ärger der Palästinenser zu der großen Rebellion von 1936 bis 1939, die von den Briten niedergeschlagen wurde, und über deren Hintergründe wir so gut wie nichts wissen. Aber ohne die historischen Kenntnisse, ohne Wissen über die Teilung Palästinas durch die UNO 1947, die massenhafte Vertreibung der Palästinenser schon vor der Staatsgründung Israels, dem Ende der Mandatszeit 1948 und dem israelisch-arabischen Krieg, die zusätzliche Landaneignung durch Israel, den Krieg 1967 mit der israelischen Eroberung von Rest-Palästina können wir die heutige Situation nicht erklären. Flores zeigt auch immer wieder die Alternativen zum Geschehen auf, er deckt die Mythen der israelischen Sichtweise auf. So beginnt seine Einleitung: "Zum Jahreswechsel war es wieder einmal so weit. Die israelische Armee schlug zu - diesmal im Gazastreifen. Die Begründung, welche diesen Schlag als Verteidigungskrieg und als notwendigen Schutz vor den Raketenangriffen aus dem Gazastreifen hinstellte, wurde zunächst weithin akzeptiert. Nicht nur die deutsche Bundeskanzlerin gab Hamas die Alleinschuld an diesem Krieg. Dann wurde bekannt, wie gut der Waffenstillstand funktioniert hatte, der dem Krieg vorausgegangen war, und es wurde auch klar, dass keineswegs die Hamas für seinen Bruch verantwortlich war."

Dieses Buch zeichnet kein schmeichelhaftes Bild der zionistischen Bewegung und Israels. "Die meisten Arten von Menschenrechtsverletzungen gab es vom Beginn der Besatzung an; besonders massiv wurden sie, wenn die Bevölkerung die Besatzung massenhaft in Frage stellte, wie etwa in der ersten und der zweiten Intifada. Es handelte sich um ein großes Bündel von Maßnahmen, die nicht vereinzelt, sondern massiv und systematisch angewandt wurden: unnötiges und unverhältnismäßiges Einsetzen tödlicher Gewalt durch die Armee; gezielte Tötungen gesuchter Personen; massenhafte, u.a. absichtliche, Verletzung von Menschen; willkürliche Festnahmen; Misshandlung von Gefangenen; Folter bei Verhören, bis hin zu Folter mit Todesfolge; Inhaftierung ohne gerichtliches Verfahren (sog. Administrativhaft); häufige und langdauernde Ausgangssperren; Einschränkung der Bewegungsfreiheit für bestimmte Personen (Hausarrest, Stadtarrest, Verbot, ein bestimmtes Gebiet zu betreten, Ausreiseverbot usw.); Zwangsexilierungen; Zerstörung bzw. Schließung von Häusern oder Wohnungen; Zerstörung von Ernten oder Plantagen; gewaltsames Eintreiben von Steuern; Schließung von Erziehungsinstitutionen für längere Perioden; Behinderung der Religionsausübung; Verhinderung von Familienzusammenführungen." (S. 81) Dieses Buch stärkt diejenigen, die erkannt haben, dass eine besondere deutsche Beziehung zu Israel auch eine besondere Verantwortung für die Palästinenser bedeutet.

Dorothea Hartung

Alexander Flores "Der Palästinakonflikt - Wissen was stimmt"
Herder Verlag Freiburg im Breisgau 2009
ISBN-Nr. 978-3-451-06082-3
Preis: 8,95 Euro

Gewaltiger Fundus an Information

Jeff Halper, der außerordentlich wort- und argumentationsgewaltige Gründer des „Israelischen Komitees gegen Hauszerstörung“ (ICAHD), ist einer der großartigen Aktivisten der israelischen Friedens- und Menschenrechtsbewegung. In seinem aktuellen Buch vermittelt der Professor der Anthropologie ein umfassendes und plastisches Bild der Unterdrückung der Palästinenser durch Israel. Ein entscheidender Wendepunkt im Leben des Jeff Halper war die Zerstörung des Hauses seines palästinensischen Freundes Salim Shawamreh am 9. Juli 1998. Er habe für das Haus keine Baugenehmigung gehabt, wurde Shawamreh erklärt. Halper stellt klar, dass sein Freund eine solche Genehmigung zwar wiederholt beantragt habe, sie von den israelischen Behörden aber immer verweigert worden sei. Die von Halper vor

ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Ort miterlebte Brutalität der Zertrümmerung des Hauses, das unverschämte Auftreten und die Gewalttätigkeit der israelischen Besatzer gegenüber der palästinensischen Familie, ihr Entsetzen über das Zerstörungswerk, die Misshandlung des israelischen Staatsbürgers Halper durch israelische Soldaten: diese Erfahrungen und sein Wissen um die Ungerechtigkeiten Israels gegenüber den Palästinensern haben Halper zu einem der schärfsten und überzeugendsten Kritiker israelischer Politik gemacht.

Er bezeichnet die meist willkürliche Zerstörung von Häusern der Palästinenser in den besetzten Gebieten als Kriegsverbrechen, und er sieht die Zerstörung von Häusern der Palästinenser (bisher fast 20.000) als Teil der Politik Israels, die darauf abzielt, die 1948 begonnene und von Ilan Pappe umfassend dokumentierte ethnische „Säuberung“ weiter zu führen.

Das Buch bietet einen gewaltigen Fundus an Informationen über die nun schon Jahrzehnte währende Unterdrückung der Palästinenser durch die verschiedenen Regierungen Israels. Halper schildert auf eindrucksvolle Weise, mit welchen Tricks und Täuschungen diese Regierungen Zeit schinden, Entscheidungen verzögern oder verhindern, um sich in der Zwischenzeit möglichst viel vom Land der Palästinenser einzuverleiben und den Rest künftig in so genannte Kantone (oft auch als „Bantustans“ oder „Enklaven“ bezeichnet) zu zergliedern, die der uneingeschränkten Kontrolle Israels unterliegen sollen. Halper verwendet hierfür den Begriff „nicht-souveräner Gefängnis-Staat“. Bei der Lektüre des spannenden und außerordentlich informativen Buchs begegnen uns neben etlichen israelischen Politikern, unter denen Ariel Sharon wegen seines unheilvollen Beitrags zur Ausdehnung Israels auf palästinensischem Boden einen besonderen Platz einnimmt, auch Gestalten wie z.B. Moshe Nissim, der als Bulldozerfahrer im Dienst der israelischen Armee im März 2002 drei Tage und Nächte lang wie in Trance und ohne Pause arabische „Häuser“ im Flüchtlingslager Jenin zerstört hatte. Kern des Buchs sind indes scharfsinnige Analysen der von Halper heftig kritisierten Politik Israels gegenüber den Palästinensern. Und er widmet das letzte ausführliche Kapitel dem Thema: Wie kann die Unterdrückung beendet werden und den Palästinensern Gerechtigkeit widerfahren? Halper zitiert den letzten Ministerpräsidenten Israels, Olmert, der Ende 2007 sagte: „Falls eines Tages die Zwei-Staaten-Lösung scheitert und es –wie in Südafrika- um gleiche Wahlrechte geht, also auch für die Palästinenser in den „Territorien“ (gemeint sind die israelisch besetzten Gebiete), dann ist der Staat Israel erledigt“.

Dieter Neuhaus

An Israeli in Palestine, Jeff Halper. Erschienen bei Pluto Press, London 2008. Das Buch erscheint in Kürze auf deutsch im Aphorisma Verlag.

„Das Herz von Jenin“ – Vielfach ausgezeichneter Film

Der 2008 gedrehte Film "Das Herz von Jenin" erzählt die wahre Geschichte von Ismael Khatib, dessen 12-jähriger Sohn Ahmed 2005 im Flüchtlingslager von Jenin von Kugeln israelischer Soldaten tödlich am Kopf getroffen wird. Nachdem die Ärzte im Krankenhaus nur noch Ahmeds Hirntod feststellen können, entscheidet der Palästinenser Ismael, die Organe seines Sohnes sechs israelischen Kindern zu spenden und damit deren Leben zu retten. Zwei Jahre später begibt er sich auf eine Reise quer durch Israel, um diese Kinder zu besuchen. Eine schmerzhafte und zugleich befreiende Reise, denn durch die Kinder kommt Ismael auch seinem Sohn wieder ganz nah.

"Das Herz von Jenin" erhielt 2009 den "Cinema for Peace Award", 2008 den DEFA-Förderpreis auf dem DOK Leipzig Festival und den 1. Preis des Valladolid International Film Festivals. Der Regisseur Marcus Vetter, geboren 1967 in Stuttgart, bekam für seine Filme schon dreimal den Grimme-Preis. 2006 erhielt er den Prix Europa für seine Dokumentation "Mein Vater, der Türke". Marcus Vetter lebt mit seiner Familie in Tübingen. "Das Herz von Jenin" ist eine Koproduktion der EIKON Südwest mit SWR in Zusammenarbeit mit ARTE.

Den Film zusammen mit didaktischem Material *gibt es* als DVD in der Reihe dvd-complett der Evangelisches Medienhaus GmbH. Das Angebot richtet sich u. a. an Schulen, Erwachsenenbildungseinrichtungen und Kirchengemeinden.

http://www.dvd-complett.de/

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Dokumentarfilm *„Kinder der Steine - Kinder der Mauer“*

Zauberhafte*r Film* aus Fremdheit und Vertrauen

In dem in Bethlehem gedrehten Dokumentarfilm "Kinder der Steine - Kinder Mauer“ halten die Kinder der ersten Intifada Rückschau auf ihr damaliges Handeln. Ein Schwarz-Weiß-Foto, sechs Jungen, um die zehn Jahre alt, posieren frech mit Victory-Zeichen für die Kamera. Das war in Bethlehem im Jahr 1989 während des ersten palästinensischen Volksaufstandes und der Dreharbeiten zu Robert Kriegs Dokumentarfilm „Intifada - Auf dem Weg nach Palästina“.

Zwanzig Jahre später sind die Gebiete, die damals befreit werden sollten, von einer Mauer umschlossen. Wer waren die Kinder auf dem Bild? Wie leben sie heute? Leben sie noch? Mit dem Foto in der Hand ist das Filmteam nach Bethlehem zurückgekehrt, um die Jungen zu suchen und kennen zu lernen.

Die sechs Kinder und heutigen Väter waren damals zu jung, um die Intifada mitzugestalten; sie haben weder politische Analysen noch Rechtfertigungen. Sie leben in der Altstadt von Bethlehem. Ihre Verbindung zueinander ist nicht abgerissen. Das Filmteam ist eines von unzähligen, die die besetzten palästinensischen Gebiete seit Jahrzehnten täglich belagern - und eines der wenigen, das je zurückgekehrt ist, aus Sorge, aus Interesse und Anteilnahme. Die kurze Begegnung zwischen Pose und Auslöser sowie die Rückkehr des Filmteams spannt ein fast zauberhaftes Band aus Fremdheit und Vertrauen. Die Männer erinnern, ulken, nehmen die Gäste mit auf ihre Arbeit und nach Hause. Sie diskutieren die Zerstrittenheit ihrer Gesellschaft und werden für kurze Zeit wieder zur Gang, deren Streifzüge unweigerlich an einer Mauer enden.

Gemeinsam mit dem Verleih W-film möchten die Autoren den Film in Zusammenarbeit mit Initiativen vor Ort in möglichst viele Kinos bringen. Deshalb wenden sie sich an Gruppen und Multiplikatoren, die Interesse an einer Aufführung des Films in Kooperation mit einem Kino oder einer Einrichtung in ihrer Stadt bzw. Region haben. Der Film kann auch im Rahmen von Veranstaltungen, in Gemeinden, Kultur- und Bildungszentren vorgeführt und diskutiert werden.

Nazih Musharbash

Kontakt: info@krieg-nolte.de, www.krieg-nolte.de miriam.pflueger@wfilm.com, www.wfilm.com
DVD, 87 Minuten
Koproduktion mit dem WDR, von der Filmstiftung NRW gefördert, Krieg&Nolte GbR, 2010

„Checkpoint“ - „Goodwill“ am militärischen Kontrollpunkt

Yoav Shamir filmt quasi über die Schulter der israelischen Besetzer in den palästinensischen Gebieten, wie sie Tag für Tag und Nacht für Nacht die Palästinenser an den unzähligen Kontrollstellen behandeln. Kinder in Schulbussen stehen bis zu mehreren Stunden an solchen Kontrollstellen, weil sie der Willkür der Soldaten ausgesetzt sind. Alte Menschen, Frauen mit Kindern müssen im Regen und Schnee darauf warten, ob sie die Kontrollstelle übertreten dürfen, die sie vor einer oder mehreren Stunden passiert haben. Das Zitat eines Grenzsoldaten über die Palästinenser auf dem Cover der DVD, verrät die Verachtung für diese: "Wir sind Menschen, sie sind Tiere. Sie sind keine Menschen, wir schon." Der Film ist in englisch und deutsch untertitelt. Man muss aber nicht ständig lesen, da die ausgewählten Bilder - die Menschen, die der Willkür der Soldaten ausgesetzt sind – für sich sprechen.

Heute leben über drei Millionen Palästinenser in den besetzten Gebieten, in denen mehr als 200 Kontrollstellen an den Zufahrten zu allen palästinensischen Städten und zwischen den einzelnen Dörfern jede freie Bewegung unterbinden. Um von einem Ort zu einem anderen zu gelangen, müssen alle Palästinenser diese Kontrollstellen passieren. Ob sie passieren dürfen oder nicht, hängt häufig vom goodwill der israelischen Posten ab. Die im Film gezeigten Bilder sprechen für sich. Die Gespräche zwischen israelischen Besatzungssoldaten und Palästinensern werden mit Hilfe von Untertiteln übersetzt. Der Film hat zahlreiche internationale Preise gewonnen.

Checkpoint, Polar Film + Medien
Regie: Yoav Shamir, 80 Minuten, 2004

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Humanitäre Hilfe

Spenden für medizinische Programme

Pharmazeutin im Ahli Arab Krankenhaus
Foto: Wiltrud Rösch-Metzler

Das Embargo gegen die Menschen im Gazastreifen und schließlich der Krieg 2008/2009 mit 1400 Toten haben weiter zerstörerische Auswirkungen. Im Ahli Arab Krankenhaus hat man in der akuten Notlage des Krieges mit Medikamenten, Lebensmitteln und anderen Dingen zu helfen versucht. Dank internationaler Partner wie USAID war es möglich, diese Dinge in den Gazastreifen zu bringen. Das Ahli Arab Krankenhaus in Gaza setzte nach dem Krieg seine Programme für Frauengesundheit, für Alte und chronisch kranke Menschen, für unterernährte Kinder sowie den Einsatz der mobilen Klinik in den Dörfern um Gaza fort. Es war jedoch schnell klar, dass das Leid, das besonders die Kinder im Krieg erlitten hatten, noch einen ganz anderen Ansatz erforderlich macht. So entschied sich das Krankenhaus, ein gemeindeorientiertes psychosoziales Unterstützungsprogramm speziell für Kinder anzubieten. Es ist an einem Programm des amerikanischen International Medical Corps orientiert. Träger des Ahli Arab Krankenhauses ist die Anglikanische Kirche von Jerusalem.

In einem ersten Schritt wird das medizinische Personal geschult, beziehungsweise werden erst einmal deren psychosoziale Bedürfnisse erkundet und geheilt, so dass sie wiederum in die Lage versetzt werden, andere heilen zu können. Nach ihrer Ausbildung werden sie Gruppensitzungen mit Kindern, Männern oder Frauen leiten können. Dieses gemeinwesenorientierte Programm, das sich auf in Gaza lebende medizinische Fachkräfte stützt, benötigt weiterhin Spendengelder. Nur so kann Personal ausgebildet werden und der zweite Schritt, die Arbeit mit traumatisierten Menschen in den Dörfern und in Gaza, begonnen werden.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft bittet Sie um Spenden auf ihr Konto,

DPG e.V., Stichwort "Ahli Arab Krankenhaus"
Sparda West e.G., Düsseldorf
Konto-Nr. 339210, BLZ 37060590

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

Kunst – **Gaza im 43. Jahr der israelischen Besatzung**

Die Landschaft verändert sich ständig
Nur das Meer bleibt das gleiche
Salzig ...
Flüssig ...
Mysteriös ...
Launisch
Eine konsequente Präsenz inmitten des Chaos
Seine rauschenden Wellen flüstern Geschichten
Über Besatzer, die gekommen und gegangen sind
Kreuzritter, Tyrannen und Kriegsherren
Reitend auf ihren Pferden
Reitend auf ihren Panzern
Reitend auf ihren F16 Kampfjets
Immer reitend durch und durch
Hinterlassen ihre Fußspuren
Und ein Teil ihrer Geschichte
Hinterlassen ihre Geräte und Ruinen
Hinterlassen Feuer und Trümmer
Immer hinterlassen ...
Nur das Meer bleibt
Eine Heilung für die Spur des gebrochenen Lebens zurückgelassen
Ein Wahrzeichen von Menschen unberührter Gier und Zerstörung
Sichtbar für Kriegsbesetzung und Aggression
Trotzig den Regeln des Menschen
Umfasst die Ufer einer angeschlagenen Stadt
Es ist eine Verhöhnung
Für diejenigen, die versuchen, ihren Geist zu brechen
Diejenigen, die denken, sie beherrschen zu können
Die eineinhalb Millionen schlagende Herzen
Es gibt keine Begrenzung der Dreistigkeit des Meeres
Es bricht die Belagerung jeden Tag
Eine trotzige Welle zu jeder Zeit
Verbindet Gaza mit dem Rest der Welt
Und verbindet die Welt mit dem Schati Flüchtlingslager
Und wenn Du mit dem Rücken zu Gaza das Meer erblickst
Dann kannst Du Dir vorstellen, Du bist woanders
Beirut, Barcelona, Alexandria oder Santorini
Du kannst von dem Versprechen träumen

Das hinter dem Horizont liegt
Länder, Kontinente, die ganze Welt ist da draußen
Wenn du nur das Meer reiten könntest
Wenn nur Dein Körper kugelsicher wär`
Wenn nur Dein Boot aus Stahl wär` gemacht
Wenn nur Dein Traum wahr wäre
Die Landschaft würde anders werden
Nur das Meer bleibt das gleiche
Seine rauschenden Wellen flüstern neue Geschichten
Über Besatzer, die kommen und gehen ...

Von **Samah Sabawi**

Palästina Journal – 02. Ausgabe, November 2010
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
ISSN 1436-252X
Redaktion: I. Koschoreck, G. Siebourg, Dr. D. Griesche, N. Musharbash, D. Neuhaus, W. Rösch-Metzler (verantwortliche Redakteurin)

In Gaza geborene Schriftstellerin und Dichtern, in Melbourne, Australien lebend
Übersetzung: Nazih Musharbash

Veranstaltungen und Regionalgruppen

Veranstaltungskalender

Hannover

07.11.2010: Mitgliederversammlung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft mit Berichten der Regionalgruppen, weitere Informationen: www.dpg-netz.de

Hannover

21.01. bis 22.01.2011: Kriegsgefahren im Nahen und Mittleren Osten – Unsere Handlungsmöglichkeiten für Frieden, 8. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden, weitere Informationen: www.koop-frieden.de

Osnabrück

10.02. bis 27.03.2011: NAKBA Ausstellung mit Auftaktveranstaltung und Filmabenden im Remarque Friedenszentrum, Auskunft: osnabrueck@dpg-netz.de

Osnabrück

04.03.-06.03.2011: " Zündstoff Wasser " - Ressourcen und Umwelt im israelisch-palästinensischen Konflikt, Tagung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft mit der Bildungsstätte Haus Ohrbeck, weitere Informationen: www.dpg-netz.de

Regionalgruppen der Deutsch Palästinensischen Gesellschaft

Bremen	Dr. Detlef Griesche	bremen@dpg-netz.de
Düsseldorf	William Hodali	duesseldorf@dpg-netz.de
Frankfurt a.M.	Khalil Toama	frankfurt@dpg-netz.de
Hamburg und Umgebung	Dr. Dieter und Eva Lehmann	hamburg@dpg-netz.de
Hannover	Dr. Wilhelm Wortmann	hannover@dpg-netz.de
Köln und Umgebung	Petra Schöning-Raspe	koeln@dpg-netz.de
Nordreihn-Westfalen-Süd	Peter Bingel	netz.denrw@dpg-netz.de
Oldenburg/Ostriesland	Isam El-Korhaly	oldenburg@dpg-netz.de
Osnabrück und Umgebung	Nazih Musharbash	osnabrueck@dpg-netz.de
Ruhrgebiet	Dr. Yousef Ribhi	ruhrgebiet@dpg-netz.de
Trier	Dr. Hazem Shehada	trier@dpg-netz.de

DEUTSCH PALÄSTINENSISCHE GESELLSCHAFT
الجمعية الألمانية الفلسطينية

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.
Der Vorstand

Erster Vorsitzender	Zweite Vorsitzende	Schatzmeister
Raif Hussein	Gisela Siebourg	Nazih Musharbash
Hannover	Berlin	Bad Iburg